Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1920

166 (21.7.1920)

Visual Library

No. 166. Karlsruhe, Mittwoch den 21. Juli 1920. 40. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M einschl. 80 ₰ Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.60 M; durch die Post bezogen 4.80 M, ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelexempl. 25 ₰.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelzeile 1.— M. Die Reklamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß ½9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das Ergebnis von Spa.

Dr. Simon für ehrliche Durchführung des Friedensvertrages.

Berlin, 20. Juli. (Privattelegramm.) Vor Vertretern der deutschen Presse wies Reichsminister Dr. **Simons** die Meldung über die Demissionsabsichten einzelner Minister zurück. Gewiß waren die Minister nicht immer gleicher Meinung, was aber beschlossen war, das wurde in Spa von den Führern **einmütig** vertreten, und wird in der Heimat mit aller Kraft durchgeführt.

Bezüglich des Gesamtergebnisses der Verhandlungen liegt kein Grund vor, von Erfolgen zu sprechen. Tatsache ist, daß festgestellt wurde, daß wir die ungeheuren Lasten des Friedensvertrages auf uns zu nehmen haben. Was **erreicht** worden ist, ist lediglich, daß wenigstens einige sonst unmittelbar bevorstehende Folgen der Nichterfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages abgewehrt werden konnten. Die Franzosen haben das Besetzungsrecht in Frankfurt am Main ohne Zustimmung der Alliierten ausgeübt. Seit der Konferenz von San Remo haben sie unaufhörlich auf die Alliierten eingewirkt, und es ist ihnen unleugbar gelungen, ihnen näher zu rücken, so daß, wie der italienische Minister des Aeußern, Graf Sforza, bei aller Freundlichkeit und Loyalität zu erkennen gab, selbst auch für **England** und **Italien** bei dem Fall der Nichterfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages die **Besetzung des deutschen Gebietes** eine geeignete und in Aussicht zu nehmende Maßnahme bedeute. Das Kabinett bezw. die Delegation war nicht von vornherein gewillt, sich dem Machtworte der Entente zu unterwerfen. Es mußte erwogen werden, ob die von der Entente dieses Mal gestellten Forderungen wirklich undurchführbar waren, so daß man den Einmarsch auf sich hätte nehmen müssen. Die Minister wählten aber das kleinere Uebel, daß sowohl die Erzeugung, als die Verteilung der Kohlen noch verbesserungsfähig sind, und infolgedessen konnten sie die französischen Forderungen nicht einfach ablehnen. In der **militärischen Frage** befanden wir uns einer gefährlichen Lage gegenüber. Wir müssen mit aller Energie darauf hinwirken, in Verbindung mit den alliierten Regierungen die Durchführung der Uebernahmeverpflichtungen herbeizuführen. Der Minister gab zu erkennen, daß er einen Plan habe, mit Hilfe von Ententeoffizieren die Zivilbevölkerung nach dem Muster gewisser englischer Kolonien zu Polizeizwecken heranzuziehen. Da das Reichskabinett mit der Frage noch nicht befaßt sei, wolle er vorläufig darauf nicht näher eingehen.

Auch in der **Wirtschaftslage** war die Lage vollständig klar und ungünstig für Deutschland. Wir hatten 2 400 000 Tonnen Kohlen zu liefern. Es ist uns gelungen, die Ziffer auf 2 Millionen Tonnen herabzusetzen. Außerdem ist es gelungen, zu erreichen, daß nicht einfach Aufrechnung der Kohlenlieferung zur Wiedergutmachung erfolgt, sondern eine Barprämie von 5 Goldmark für die Tonne geleistet wird, und auch für die über See erforderlichen Kohlen wichtige Zugeständnisse gemacht wurden, die es ermöglichen, die Lebenshaltung der Bergarbeiter aufzubessern und dadurch eine Mehrförderung zu sichern. Voraussetzung für die deutsche Annahme der Kohlenbedingungen war, eine Besserung der Kohlenlieferung aus Oberschlesien, über die bisher General Lerond zu unserem Nachteile verfügt hat. Wenn auch die Konferenz in dieser Hinsicht keine ausdrücklichen Verpflichtungen übernahm, so wurde doch zugesagt, daß die deutsche Forderung von 1,5 Millionen Tonnen aus Oberschlesien alle Berücksichtigung finden und eine internationale Kommission mit speziellen Leistungen versehen werden solle.

Die Frage der behaupteten **Verbrechen gegen die Kriegsgebräuche** war ebenfalls schwierig. Die Entente konnte zuerst nicht verstehen, warum wir in dieser Hinsicht so wenig getan haben. Es wurde auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die das gerichtliche Verfahren schaffe, insbesondere auch darauf, daß wir unser ganzes Beweismaterial von der Entente beibringen müssen, da von der deutschen Seite wenig dazu getan werden könnte. Endlich die Frage der **Wiedergutmachung**. Die deutsche Regierung war bei der Kürze der Zeit außerstande, einen genaueren Plan zu dieser Frage vorzulegen. In der in etwa 4 bis 5 Wochen in Genf stattfindenden Konferenz werden hauptsächlich **technische Delegierte** anwesend sein. Jedenfalls können wir nur weiterkommen, wenn wir als Grundlage unserer Vorschläge die **genaue Durchführung des Friedensvertrags vornehmen**. Gewiß wird sich dabei herausstellen, daß verschiedene Bestimmungen des Friedensvertrages **einfach undurchführbar** sind. Man darf aber das nicht immer in den Vordergrund stellen, wenn man überhaupt das Mißtrauen unserer Gegner überwinden will. Hierzu erkläre ich ausdrücklich, daß **die ehrliche Durchführung des Friedensvertrages mein Programm ist.**

Berichterstattung vor dem Reichstagsausschuß.

WTB. **Berlin**, 21. Juli. Nach Eröffnung der **Sitzung des Reichstagsausschusses** für Auswärtige Angelegenheiten durch den Vorsitzenden Stresemann und der Annahme der Anträge, von denen der eine die Möglichkeit sofortiger Einberufung des Reichstages, der andere die Oeffentlichkeit der Sitzung mit Ausnahme von besonderen als vertraulich zu bezeichnenden Punkten fordert, ergriff der

Reichsminister Dr. **Simons** das Wort zur Berichterstattung über die Verhandlungen in Spa und führte im wesentlichen das gleiche aus, wie vor den Vertretern der deutschen Presse am Nachmittag.

Abg. **Bernstein** kritisierte darauf die Verhandlungen der militärischen Frage in Spa und trat für eine möglichst schnelle Umgestaltung der Reichswehr ein, die eine Wiederholung des Militarismus unmöglich mache. In der Kohlenfrage habe er den Eindruck, daß die Delegation nicht mehr habe durchsetzen können. Die Gefahr des Einmarsches sei zu groß, als daß man sie hätte riskieren können. Daß der Einmarsch vermieden wurde, ist zu begrüßen. Der heutige Bericht wirke beruhigender als die bisherigen Mitteilungen der Presse. Aus den Verschiebungen von Kohlen müssen die Folgerungen gezogen werden. Die Kohlen müßten so schnell wie möglich sozialisiert werden. Was unsere Delegierten in Spa zuwege gebracht hätten, sei grundsätzlich anzuerkennen, wenn auch manche Punkte zu kritisieren seien. Die Berufung von Stinnes aber sei falsch gewesen, dagegen seien die Arbeiter vorzüglich vertreten gewesen. Die Konferenz sei ein Schritt vorwärts.

Abg. **Ledebour** erklärte, in vielen Punkten könne er dem Minister recht geben. Er tadelte die Art der Verhandlungsform. Die Besetzung des Ruhrgebietes unter irgend einem Vorwande müsse verhindert werden. Die Ablehnung der Unterzeichnung der Einmarschdrohung genüge zur Wahrung unseres Rechtsstandpunktes. Er bekenne sich in vollem Umfange einverstanden mit der Rechtsauffassung der Regierung. Ueber die Heranziehung von Stinnes sprach er sein lebhaftes Bedauern aus. Der Redner verbreitete sich über die Kohlenverschiebungen und verlangte ebenfalls die Sozialisierung der Kohlengruben. Er begrüße im Namen seiner Partei, daß die Reichswehr schrittweise vermindert werde und ist auch mit der Umwandlung der Sicherheitswehr einverstanden. Er fragte, ob der Minister für den Fall von inneren Unruhen einen Appell an die Entente gerichtet habe.

Der **Reichsminister des Auswärtigen** legte auf die Anfrage des Vorredners die Vorgänge bei der Unterzeichnung des zweiten Protokolls dar und weist die Behauptung, als habe er den von Herrn Ledebour angeführten Appell an die Entente gerichtet, nachdrücklich zurück. Er stellt fest, daß er für die Berufung des Abg. Stinnes verantwortlich sei. Herr Stinnes sei nicht Vergangenheit, sondern Gegenwart und Tatsache. Er sei der wesentlichste Repräsentant der Bergwerksbesitzer, wie Herr Hue ein wesentlicher Vertreter der Bergarbeiter sei. Diese Repräsentanten der Entente vorzuführen, sei nicht zu verhindern gewesen.

Die Entwaffnung.

Berlin, 20. Juli. (Amtlich.) Das Reichskabinett setzte heute in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Besprechung über die Beschlüsse von Spa fort. Der Hauptpunkt der Erörterung war die Frage der Entwaffnung, deren technische Durchführung sehr eingehend auf Grund eines vom Reichsminister des Innern vorgelegten Gesetzentwurfes besprochen wurde.

*

Die Reichswehr muß nach dem Friedensvertrage von Spa zum 1. Oktober auf 150 000 Mann, gegliedert in Reichswehrbrigaden und 3 Kavalleriedivisionen, zurückgeführt sein. Am 1. Oktober 1921 muß die im Versailler Friedensvertrage vorgeschriebene Stärke von 100 000 Mann (sieben Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen) erreicht sein. Die Zurückbildung der Kavalleriedivisionen ist zurzeit schon durchgeführt. Die sieben Infanteriedivisionen sollen in ihrer vertragsmäßigen Form bereits zum 1. Oktober d. J. gebildet werden. Die 50 000 Mann, die vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 noch beibehalten werden sollen, werden in weiteren drei Reichswehrbrigaden (zwei im Wehrkreise III, eine im Wehrkreise IV), oder in kleinere Formationen, die den Divisionen angegliedert werden, untergebracht werden. Zum 31. Dezember 1920 werden auch diese mit den bestehenden verschmolzen. Es wird angestrebt, daß eine gleichmäßige Umbildung in allen Wehrkreisen stattfindet, so daß eine Hintansetzung eines Truppenteiles nicht möglich ist. Ueber die Art der Versorgung der Ausscheidenden schweben andauernd Verhandlungen.

Erneutes Vertrauensvotum für Millerand.

WTB. **Paris**, 21. Juli. **Die Kammer hat dem Ministerpräsidenten Millerand mit 420 gegen 152 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.**

Der französische Imperialismus in Syrien.

Paris, 20. Juli. Der „Temps" stellt fest, daß heute die von dem französischen Oberbefehlshaber in Syrien, General Gouraud, dem Emir Feychal gestellte Frist, die Rechte Frankreichs in Syrien anzuerkennen, abläuft. Er veröffentlicht deshalb eine Liste der Feindseligkeiten, die unter der Regierung des Emirs gegen französische Staatsangehörige oder gegen französische Schutzbefohlene und auch gegen die französische offizielle Vertretung begangen worden seien.

Nach einer Depesche aus Damaskus sind die Bedingungen, welche General Gouraud dem Emir Feychal gestellt hat, folgende: Französische Kontrolle über die Bahnlinie Riak—Aleppo, französische Besetzung der Eisenbahnstation von Homs-Hama und der Stadt Aleppo, Einführung des syrischen Geldes, Annahme des französischen Mandats, Bestrafung der revolutionären Verbrechen, Annahme dieser Bedingungen innerhalb vier Tagen, im Ablehnungsfalle Durchführung der Bedingungen mit Gewalt.

Und die Engländer?

WTB. **London**, 20. Juli. Im Unterhaus erklärte Bonar Law auf verschiedene Anfragen, Großbritannien sei bereit, die Unabhängigkeit der Araber in den von ihnen geforderten Gebieten zu gewährleisten. Großbritannien zieht sich zurück, soweit dadurch nicht die Interessen seiner Alliierten gefährdet würden. Die Konferenz von San Remo habe entschieden, daß bestimmte Gebiete des Ottomanischen Reiches von den Franzosen besetzt werden sollen. Die Besetzung von Aleppo und anderen Gebieten sei nur vorübergehend. Sobald Ruhe und Ordnung hergestellt und das Mandat anerkannt sei, würden die Truppen zurückgezogen werden. An der Haltung der französischen Regierung in dieser Sache Kritik zu üben, sei bedenklich. Das französische Ultimatum sei dem Obersten Rat nicht unterbreitet worden.

*

Amsterdam, 20. Juli. Nach einer Meldung der „Times" aus Kairo sind die Araber entschlossen, sich den Forderungen der Franzosen zu widersetzen. Im Damaskus herrscht große Begeisterung. Die Zahl der syrischen Truppen wird auf 22 bis 40 000 Mann geschätzt.

London 21. Juli. Amtlich wird bekanntgegeben, daß infolge von Attentaten der Eingeborenen vier Eisenbahnlokomotiven und 170 Güterwagen verloren gegangen sind. Die Verluste der englischen und indischen Truppen an Toten, Verwundeten und Vermißten belaufen sich auf etwa 400 Mannn. Die abgeschnittene Garnison von Rumeita halte sich noch und sei durch Flugzeuge mit Lebensmitteln versehen worden.

Demokratie und Demokratie.

Von Karl Kautsky.

Auszugsweise geben wir einen Artikel wieder, den Karl Kautsky in der Wiener Zeitschrift „Der Kampf" veröffentlichte.

Wer die Demokratie verwirft, muß eine andere Staatsverfassung anstreben. Außer der Form der Demokratie kommen nur noch zwei große Typen von Staatsformen in Betracht: die Autokratie und die Aristokratie. Die Autokratie finden wir dort, wo die verschiedenen Gesellschaftsklassen, auch die oberen, so schwach sind und der Staatsapparat, Militär und Bureaukratie, ihnen gegenüber so stark, daß dieser sich über alle Klassen erhebt, sie alle beherrscht. Da Bureaukratie und Militär stets hierarchisch organisiert sind, eine oberste persönliche Spitze haben, wird diese zum Alleinherrscher, zum Autokraten, in dem alle politische Macht und alle politischen Rechte konzentriert sind. Es hängt von seinem Belieben ab, ob und wieviel davon er mit seinen Günstlingen teilen will.

In der Aristokratie dagegen finden wir eine einzelne Klasse so stark, daß sie imstande ist, für sich alle politischen Rechte zu monopolisieren und dieses Monopol in der Staatsverfassung festzulegen. Von der Aristokratie unterscheidet sich die Demokratie nicht dadurch, daß nur jene eine Klassenherrschaft darstellt, diese nicht, sondern dadurch, daß in der Aristokratie die Herrschaft einer bestimmten Klasse verfassungsmäßig festgelegt und von Staats wegen geschützt wird, in der Demokratie nicht. In der letzteren wechseln mit dem Wandel der sozialen Machtverhältnisse auch die herrschenden Klassen, in der Aristokratie bleibt stets dieselbe bestimmte Klasse im Besitz der Staatsgewalt. Ist es widersinnig, der Demokratie als Staatsverfassung einen bestimmten Klassencharakter beizulegen, so bildet dieser Charakter gerade das Wesen der Aristokratie.

Die Demokratie ist weit entfernt davon, durch sich allein schon die Klassengegensätze aufzuheben; sie äußern sich in ihr vielmehr am schärfsten, weil sie durch kein anderes Moment verdeckt werden. In der Aristokratie werden die Klassengegensätze unter den nicht bevorrechteten Klassen zurückgedrängt durch den gemeinsamen Kampf gegen die aristokratische Klasse. Und dieser Kampf wird vor allem ein Kampf zum Umsturz der Verfassung, während in der Demokratie der Klassenkampf auf dem Boden der Verfassung vor sich geht.

Die Demokratie ist elastisch. Sie paßt sich den aus der ökonomischen Entwicklung hervorgehenden Veränderungen in den sozialen Machtverhältnissen an. Die Aristokratie ist starr, in ihr vermag sich die Anpassung nur durch einen gewaltsamen Bruch, eine Katastrophe zu vollziehen.

Aber dafür ist die Aristokratie für die aristokratische Klasse die bequemste Staatsform. In der Demokratie ist keine Partei oder Klasse sicher, sich zu behaupten, in ihr verdient nur der die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß. In der Aristokratie hat die herrschende Klasse das nicht notwendig, sobald es ihr einmal gelungen ist, die Staatsmacht an sich zu reißen und den Staat in ihrem Sinne zu gestalten. Alle anderen sind ihr gegenüber rechtlos und waffenlos. Es muß schon eine ganz ungeheure Verschiebung in den sozialen Machtverhältnissen eintreten, ehe es gelingt, die aristokratische Verfassung umzuwälzen. Um so gründlicher wird dann freilich die Umwälzung, während die Demokratie nur selten große Ueberraschungen bringt.

Die verschiedensten Klassen haben, wenn die Verhältnisse ihnen günstig waren, Aristokraten gebildet. Am häufigsten finden wir die Erbaristokratie, in der eine Reihe von Familien die politischen Rechte für sich und ihre legitime Nachkommenschaft monopolisieren. Es sind in der Regel Familien des großen Grundbesitzes, die in dieser Weise eine Feudalaristokratie bilden.

Sobald die kapitalistische Bourgeoisie aufkommt, strebt sie ebenfalls nach politischer Macht. Zum Teil verbindet sie sich mit den arbeitenden Klassen, den Kleinbürgern, Bauern, Proletariern, um das politische Monopol der Erbaristokratie zu brechen, und bildet so die Partei der bürgerlichen Demokratie. Zum Teil aber fürchtet sie bereits die Möglichkeit einer Herrschaft der arbeitenden Klassen, die durch die Demokratie herbeigeführt wird, und sucht die Geschlechteraristokratie bloß durch eine neue Art der Aristokratie zu ersetzen, die Geldaristokratie, die sich auf Maßregeln, wie das Zensuswahlrecht und Beschränkungen der Presse durch Kautionen und Stempel stützt, Maßregeln, die den Besitzlosen den Anteil am politischen Kampf unendlich erschweren, oft ganz unmöglich machen. Nichts ist irriger als die Behauptung der Kommunisten, daß die Bourgeoisie von Anfang an in der Demokratie die für ihre Herrschaft geeignetste Staatsform gesehen hat. Im Gegenteil hat überall die große Mehrheit der Bourgeoisie das Zensuswahlrecht gegen den Ansturm des Proletariats mit größter Zähigkeit verteidigt. Dagegen war der Klassenkampf des Proletariats von seinen Anfängen an identisch mit einem erbitterten Kampf ums allgemeine, gleiche Wahlrecht und um die vollste Demokratie überhaupt.

Um so erstaunlicher wirkte es, daß die russische sozialdemokratische Partei der Bolschewiki, als sie 1917 ans Ruder kam, nichts Eiligeres zu tun wußte, als die eben erst durch den Sturz des Zarismus errungene Demokratie mit dem allgemeinen Wahlrecht, der allgemeinen Preß- und Vereinsfreiheit usw. abzuschaffen und an Stelle der Demokratie eine neue Aristokratie zu setzen, eine der erstaunlichsten Art, eine proletarische Aristokratie.

Bis dahin hatte niemand an eine solche gedacht. Der Begriff des Proletariats ist so eng mit der Demokratie verwachsen, daß die neuen Machthaber selbst nicht wagten, das Kind beim richtigen Namen zu nennen. Sie suchten den Typus der demokratischen Staatsverfassung bei den Arbeitern dadurch zu diskreditieren, daß sie ihn als „bürgerliche Demokratie" bezeichneten. Und die Form der neuen Sowjetaristokratie sollte dadurch schmackhaft gemacht werden, daß man sie zur proletarischen Demokratie stempelte. Aber wir wissen, daß die Identifizierung der demokratischen Staatsform mit der Herrschaft einer bestimmten Klasse eine Sinnlosigkeit ist. Eine Verfassung, die ausdrücklich die Herrschaft einer bestimmten Klasse festlegt, ist stets eine Aristokratie.

So befremdend die Vorstellung einer proletarischen Aristokratie war, hat sie doch sehr an Popularität gewonnen in Stag-

ten, in denen die augenblicklichen sozialen Machtverhältnisse nicht der Art sind, daß das Proletariat Aussicht hätte, demnächst auf dem Wege der Demokratie die Staatsmacht zu erobern. Wer aber in solchen Staaten glaubt, die russische Methode führe leichter zum Ziel, vergißt, daß sie das Produkt einer außerordentlichen Konstellation war, die nicht so leicht wiederkehrt. Alle Versuche, außerhalb Rußlands eine solche Konstellation künstlich zu schaffen, sind gescheitert, wie jeder Putschismus scheitern muß.

Die ganze Klassenlage des Proletariats ist eine derartige, daß es nicht die geringste Aussicht hat, unter normalen Umständen die Kraft zur Aufrichtung einer Aristokratie zu erlangen, außer dort, wo es an Zahl, Geschlossenheit und Selbständigkeit so sehr allen anderen Klassen überlegen ist, daß es der Privilegierung durch eine aristokratische Staatsform nicht bedarf, da es auf dem Wege der Demokratie unter diesen Umständen seine Ziele ebenso sicher und besser erreicht.

Die Klassenlage des Proletariats erschwert ihm aber nicht nur aufs äußerste, eine aristokratische Stellung im Staate zu erringen. Sie ist auch unvereinbar mit der Behauptung dieser Stellung.

Die bisherigen Aristokraten waren alle solche von ausbeutenden Klassen. Dank der Ausbeutung gewannen sie Mittel und Muße, die für den Bestand des Staates wichtigen Fähigkeiten in höherem Grade zu entwickeln, als die Masse der Ausgebeuteten. Im Mittelalter verstand der Adel allein die Waffen zu führen, war die Kirche, auch eine Art Aristokratie, allein im Besitz höheren Wissens. Die Volksmasse war unwissend und wehrlos. Darauf beruhte die Kraft der mittelalterlichen Aristokratie.

Der arbeitende Proletarier von heute hat weder Mittel noch Muße, die bisher über ihm stehenden Klassen an allgemeiner Bildung oder an Spezialkenntnissen in Bezug auf Kriegführung oder Staatsverwaltung zu übertreffen. Die proletarische Aristokratie muß entweder die Führung der Armee den alten Offizieren, die Verwaltung des Staates den aus der Bourgeoisie kommenden Intellektuellen überlassen. Oder aber die Proletarier setzen sich selbst in den Besitz der nötigen Kenntnisse und hören dann auf, in der Produktion tätige Proletarier zu sein. Diese Entwicklung geht dann auf Kosten des Produktionsprozesses, der vernachlässigt wird und verfällt.

Eine Klasse von Handarbeitern kann wohl dahin kommen, daß sie den anderen Klassen an politischer Bildung ebenbürtig ist, was in einem demokratischen Staatswesen zu ihrer Herrschaft führt, sobald sie die zahlreichste Klasse bildet, namentlich wenn das Heer ein bloßes Milizheer ist. Sie wird es nie erreichen, daß sie, gleich einer Ausbeuteraristokratie, die andere Klassen alle an Bildung überragt und daß diese ihr wehrlos als der einzigen bewaffneten Macht gegenüberstehen. —

Je mehr die Sowjetaristokratie ihren Herrschaftscharakter betont, desto mehr muß sie die besten Elemente des Proletariats der Industrie entziehen und der Armee und Bureaukratie zuführen. Je mehr sie den Produktionsprozeß fördern will, desto mehr müssen die Proletarier ihre Herrschaftsaufgaben nichtproletarischen Elementen überlassen.

So schwankt eine proletarische Aristokratie in den seltenen Fällen, in denen sie möglich wird stets zwischen der Szylla des industriellen Verkommens und der Charybdis der Unterjochung durch eine neue militaristisch-bureaukratische Autokratie.

Den normalen Weg des Proletariats zur Gewinnung und dauernden Festhaltung der politischen Macht bildet nur die Demokratie.

Natürlich kann die Staatsverfassung allein, und wenn sie noch so vollkommen ist, nicht den Bedürfnissen des Proletariats genügen. Die Schäden der kapitalistischen Ausbeutung werden dadurch nicht aufgehoben. Wir streben die Demokratie nicht an, weil sie uns eine Idylle erscheint, sondern weil sie den besten Boden bildet für die Auskämpfung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Proletariat.

Wir sehen auch in der bloßen Demokratie nicht die Lösung aller Probleme der Staatspolitik, die heute im Zeitalter der Sozialisierung auftauchen und die man kurz dahin zusammenfassen kann, daß sie der Aufgabe entspringen, den Staat aus einem Herrschaftsapparat in einen Verwaltungsapparat für soziale Zwecke umzuwandeln. Neben Körperschaften, die dem allgemeinen gleichen Wahlrecht entspringen, werden da Korporationen von Fachleuten, Berufsorganisationen, wie Gewerkschaften, Arbeiterräte, Gilden, eine große Rolle spielen. Auf diesem Gebiet haben wir noch viel zu lernen, werden wir auch aus den Erfahrungen der russischen Sowjets manche nützliche Lehre ziehen können.

Also mit der bloßen Demokratie reichen wir zur Organisierung der sozialistischen Produktion nicht aus. Aber wo die Frage lautet: Gleichberechtigung aller oder Alleinberechtigung einer einzelnen Klasse, Demokratie oder Aristokratie, müssen wir uns für die Demokratie entscheiden, selbst gegenüber einer proletarischen Aristokratie.

Politische Uebersicht.

Der Raubzug der Papierindustriellen.

Der „Vorwärts" schreibt: Mit Staunen sehen wir vor unseren Fenstern auf einem Lagerplatz das Entstehen von Bergen, die aus nichts anderem als aus Rollenpapier für Rotationsmaschinen sich bilden. Diese Papierberge, die den Inhalt von 350 Waggons ausmachen und sicher 10 Millionen Mark Wert haben, liegen im Freien, dem Regen ausgesetzt, weil alle anderen Lagerräume überfüllt sind. Trotz dieses Papierreichtums haben die Zeitungen ungeheure Preise an das Papierfabrikantenmonopol zahlen müssen.

Wir haben gegen die Monopole der industriellen Fachverbände oft genug schärfsten Einspruch erhoben. So kann die Wirtschaft nicht weitergehen, daß die Industrieverbände sich durch Veranstaltung von Raubzügen nicht nur Riesengewinne sichern, sondern vor allem durch die den Verbrauch hemmende Preispolitik das Wirtschaftsleben vollends zugrunde richten. Beim Zeitungspapier liegt kein Käuferstreik vor, denn die Zeitungen können auf die tägliche Bedarfsdeckung gar nicht verzichten, noch sie einschränken. **Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch beseitigt werden, daß man die privatkapitalistischen Monopole beseitigt.** Um zu diesem Ziele zu gelangen, gibt es nur den einen Weg, die Produzenten und Verbraucher in Interessengemeinschaften zusammenzubringen. Die Hersteller von Zeitungspapier und die Verbraucher desselben haben sich zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen, so daß Uebergewinne der Produzentengruppe der Verbrauchergruppe wieder zugute kommen. Vorbilder für solche Zusammenschlüsse bestehen ja. Daß sich die Produzentenverbände heute weigern, sich mit ihren Abnehmern auch nur an den Verhandlungstisch zu setzen, ist ja bekannt.

Da die Gesetzgebung bis heute hier versagt, wird die Arbeiterschaft den nötigen Druck dahintersetzen müssen. Es müssen die Betriebsräte der Papier erzeugenden Industrie mit den Buchdruckern engste Fühlung nehmen, damit die Produktion dem Verbrauch angepaßt wird. Anders läßt sich auch die Arbeitslosigkeit nicht überwinden, die zum allergrößten Teil durch die nur nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten geleitete Politik der Unternehmer verschuldet ist. Beständen Produktionsgemeinschaften, dann könnte auch die Beschaffung der Rohstoffe verbilligt werden durch Ausschluß aller Spekulanten, die sich heute dazwischenschieben.

Solange wir noch privatkapitalistisch statt gemeinwirtschaftlich unsere Wirtschaft leiten lassen, besteht nicht die allergeringste Aussicht, daß wir an einen Wiederaufbau denken können. Der Widerstand des Unternehmertums, das nur an den eigenen Geldsack, niemals an die Interessen der Allgemeinheit und die Not der Arbeitslosen denkt, muß gebrochen werden. An die Stelle des Unternehmers muß der tüchtigste Wirtschaftsführer treten, der als Organ der Gesamtwirtschaft zu handeln hat und dieser verantwortlich sein muß. Nicht das Chaos und die Anarchie, die heute in unserer Wirtschaft herrschen, sondern allein Ordnung und Planmäßigkeit können uns vor dem völligen Zusammenbruch retten.

Die höfliche U. S. P. und die dritte Internationale.

Die unabhängige Presse hat nunmehr die Antwort ihres Parteivorstandes an das Exekutivkomitiee der dritten Internationale vollständig veröffentlicht. Das Schriftstück unterscheidet sich im Ton vollständig von allem, was bisher aus den Büros des unabhängigen Parteivorstandes und der unabhängigen Redaktionen hervorgegangen ist. Niemand würde es für möglich gehalten haben, das dieselben Lippen, von denen man sonst nur die wildesten Schimpfworte zu hören gewohnt ist, so von Höflichkeit, Liebenswürdigkeit, selbst Demut überfließen können.

Die Antwort des unabhängigen Parteivorstandes nach Moskau ist desto unwürdiger, als sie die Entgegnung bildet auf eine hochfahrende von oben her erlassene Strafepistel, in der es an den saftigsten Grobheiten nicht fehlte. Der unabhängige Parteivorstand sucht sich nun von allen Vorwürfen, nicht genügend radikal und revolutionär zu sein, rein zu waschen, wobei er natürlich seine Schneidigkeit gar nicht genug herausstreichen kann.

Auf die schamlose Forderung der Moskauer, die von den Unabhängigen verlangen, sie sollten sich zunächst, wenn sie sich der dritten Internationale anschließen wollen, der in Moskau nicht genehmen Persönlichkeiten entledigen, findet der unabhängige Parteivorstand nicht ein einziges Wort würdiger Zurückweisung. Er sagt weder ja noch nein und sieht inzwischen zu, wie übereifrige Agenten der Moskauer Zentrale die geforderte Exekution innerhalb der U.S.P. begonnen haben. Auf der Liste der „Todeskandidaten" stehen bekanntlich vor allem Kautsky, Hilferding und Ströbel. Ströbel ist von seinem Wahlverein in Berlin-Steglitz kurzerhand ausgeschlossen worden. Und jetzt kommt aus Kassel die Nachricht, daß die Bezirkskonferenz der U.S.P. in Hessen-Waldeck einstimmig eine Resolution angenommen habe, die den Ausschluß Kautskys aus der Partei fordert. Auch für den Ausschluß Hilferdings, des Chefredakteurs der Berliner „Freiheit" bestand eine gewisse Strömung.

Natürlich kann jede Partei ausschließen, wen sie will. Wir haben ihr dabei nichts drein zu reden. Kautsky ist in seinen ganzen Anschauungen ein Sozialdemokrat geblieben, paßt also in eine bolschewistische U. S. P. nicht hinein. Nur eines verdient noch bemerkt zu werden: Wenn die alte sozialdemokratische Partei derartige Ausschlüsse verhängte, was erfreulicherweise nur unendlich selten vorkam, dann konnte sie den Vorwurf, sie vergreife sich an der Freiheit der Wissenschaft, mit gutem Gewissen zurückweisen. Denn wenn sie auch innerhalb ihrer Organisationen nicht jede Meinung dulden zu können glaubte, so hielt sie dafür desto fester an dem Grundsatz, daß im Staatsganzen die Freiheit der Meinung und der wissenschaftlichen Lehre unbedingt geachtet werden müsse. Sie kämpfte gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Staate und kämpft gegen sie auch heute noch, wie erst neulich der Fall des Professors Nicolai vor der Berliner Universität bewiesen hat.

Die U. S. P. hat sich dagegen dem russischen Standpunkt angepaßt, daß der Staat das Recht habe, jede ihm nicht genehme Lehrmeinung zu unterdrücken. Wäre man also in Deutschland schon so weit, ganz nach bolschewistischem Muster zu verfahren, so würde Kautsky nicht bloß aus der U. S. P. ausgeschlossen werden, sondern auch seine Schriften würden unterdrückt werden, es würde ihm verboten sein, Vorträge zu halten, und in ganz Deutschland gäbe es keine einzige Zeitung, die Kautskys Meinung vertreten dürfte.

Das ist nun wieder die Kehrseite der Medaille. Der bis zur Unterwürfigkeit gesteigerte Ton der Höflichkeit gegenüber den Moskauer Machthabern bedeutet gar nichts anderes als die Verpflichtung zu noch größerer Raubbeinigkeit, Verketzerungssucht und Unterdrückungswut auf der andern Seite.

Der unabhängige Parteivorstand gibt selber in seinem Antwortschreiben eine Probe davon, durch die Art, wie er sich gegen den Vorwurf, noch mit der zweiten Internationale zu liebäugeln, verteidigt. Der Leipziger Parteitag, heißt es da, habe so gut wie einmütig mit der zweiten Internationale gebrochen, und auch die Minderheit habe auf den Genfer Kongreß nur gehen wollen, um dort „die arbeiterfeindliche Haltung der Nationalsozialisten zu entlarven und zu brandmarken". So werden nicht nur die deutschen Sozialdemokraten, sondern auch die englischen, belgischen, holländischen, schwedischen, dänischen Genossen zu den Nationalsozialisten und Arbeiterfeinden geworfen. Sie will man „entlarven und brandmarken".

Desto demütiger küßt man die Knute, die von Moskau aus über die Rücken der eigenen Parteigenossen der U.S.P. geschwungen wird.

Die Besprechung im Reichswirtschaftsrat.

* Wie berichtet, soll am Donnerstag eine Sitzung des Reichswirtschaftsrates stattfinden, in der die Regierung über die Verhandlungen in Spa berichten will. Der „Vorwärts" stellt das mit Befremden fest und bemerkt dazu:

Die verfassungsmäßig zuständige Stelle, vor der die Reichsregierung für ihr Verhalten in Spa die Verantwortung trägt, ist der vom Volk gewählte Reichstag und nicht der ziemlich willkürlich zusammengesetzte und teilweise von ihr selbst ernannte Reichswirtschaftsrat. Das Bestreben der Deutschen Volkspartei und der ihr gleichgerichteten Kreise geht aber dahin, die „berufsständige Kammer" vor der Volksvertretung in die vordere Reihe zu ziehen und der politische Wirtschaftsminister Dr. Scholz ist diesem Bestreben offenbar entgegengekommen. Daß der Reichskanzler Fehrenbach, der so lange Reichstagspräsident war, sich an Bestrebungen beteiligt, die darauf hinauslaufen, die Stellung des Reichstages herabzudrücken, möchten wir nicht annehmen. Verfassungsmäßig bestehen die schwersten Bedenken dagegen, daß das Schwergewicht von politischen Verhandlungen mit wirtschaftspolitischem Einschlag vom Reichstag in den Reichswirtschaftsrat verlegt wird. Würde das zur dauernden Uebung, so könnten spätere Regierungen aus Gründen der Taktik öfters versuchen, sich durch die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat eine ihnen genehme Atmosphäre im Reichstag zu schaffen und das würde die gegebenen Reibungs-

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjeff.

78

Gegen das Ende des Diners erhebt er sich, ergreift sein Glas, wendet sich gegen seinen Bruder und sagt: „Du verläßt uns . . . du verläßt uns, lieber Bruder, hoffentlich nur auf kurze Zeit; aber trotzdem kann ich dem Drange nicht widerstehen, dir auszudrücken, was ich . . . wie wir . . . wie sehr ich . . . wie sehr wir . . . Mit einem Wort, das Malheur besteht darin, daß wir Russen keinen Speech zu halten verstehen! Arkadi, rede du."

„Nein, Papa ich bin nicht vorbereitet."

„Du bist immerhin besser vorbereitet als ich! Kurz, lieber Bruder, erlaube mir, dich zu umarmen und dir alles Gute zu wünschen, und kehre recht bald zu uns zurück!"

Paul Petrowitsch umarmt alle, Mitja natürlich nicht ausgenommen: Fenitschka küßt er außerdem die Hand, welche sie ihm etwas linkisch hinhält; und nachdem er ein zweites Glas Champagner, das ihm gerade eingeschenkt worden, ausgetrunken, sagt er mit einem tiefen Seufzer: „Seid glücklich, liebe Freunde!"

„Dem Andenken Bazaroffs!" flüsterte Katia ihrem Gatten ins Ohr und stieß mit ihm an. Als Antwort drückte Arkadi ihr feurig die Hand, wagte jedoch nicht, den Toast laut auszubringen.

* * *

Hier dürften wir wohl am Ende sein. Doch vielleicht wünscht der eine oder andere meiner Leser zu wissen, wie es in diesem Augenblick den Personen geht, mit denen er Bekanntschaft gemacht hat. Ich bin bereit, seinem Wunsche zu entsprechen.

Anna Sergejewna hat kürzlich geheiratet — nicht aus Liebe, sondern aus Berechnung. Ihr Erwählter ist einer unserer zukünftigen Männer der Tat, ein sehr kluger Rechtsgelehrter, von hartem praktischem Sinn, begabt mit einem festen Willen und großer Redegewandtheit; im übrigen noch jung, rechtschaffen und kalt wie Eis. Sie leben miteinander in der vollkommensten Eintracht und werden es vielleicht schließlich noch zum ehelichen Glück oder gar zur Liebe bringen.

Die Fürstin X. ist tot und seit dem Tage ihres Ablebens vergessen.

Die Kirsanoffs, Vater und Sohn, haben sich in Marino eingerichtet. Ihre Geschäfte fangen an etwas besser zu gehen. Arkadi ist ein tüchtiger Landwirt geworden, und die „Farm" wirft schon eine ziemlich bedeutende Rente ab. Nikolaus Petrowitsch ist zum Friedensrichter*) gewählt worden. Er erfüllt seine Amtspflichten mit dem größten Eifer; unaufhörlich reist er in seinem Bezirk umher und hält lange Reden (er ist nämlich der Meinung, daß den Bauern „Vernunft beigebracht," das heißt ihnen dieselben Worte bis zum Ueberdruß wiederholt werden müßten); und doch vermag er, offen gesagt, weder die gebildeten Herren Edelleute, welche bald grollend, bald melancholisch über die „Manzipation" (das „an" durch die Nase gesprochen) debattieren, noch die ungebildeten Herren Adligen, die ohne jeden Zwang auf „die verfluchte Manzipation" schimpfen, vollständig zu befriedigen. Alle Parteien finden ihn zu milde.

Katharina Sergejewna hat einen Sohn bekommen, der nach seinem Großvater Kolja genannt ist, und Mitja ist bereits ein stämmiger kleiner Bube, der in der ergötzlichsten Weise schwatzt und umher läuft.

Fenitschka liebt nach Mitja und ihrem Manne auf der ganzen Welt niemand so sehr wie ihre Schwiegertochter, und wenn diese sich ans Piano setzt, möchte sie gern den ganzen Tag an ihrer Seite bleiben.

Vergessen wir bei dieser Gelegenheit auch Peter nicht! Er ist von Dummheit und Wichtigkeit aufgeblasener denn je; er spricht jetzt ständig durch die Nase, was ihn jedoch nicht gehindert hat, eine ziemlich vorteilhafte Heirat zu schließen. Seine Frau ist die Tochter eines städtischen Gärtners; sie hat seinetwegen zwei braven jungen Leuten den Laufpaß gegeben, und zwar lediglich deshalb, weil sie keine Uhr hatten, während Peter nicht bloß eine Uhr, sondern auch — lackierte Halbstiefel besaß!

* * *

*) Die Friedensrichter hatten die Streitigkeiten zu schlichten, welche infolge der Aufhebung der Leibeigenschaft zwischen den Bauern und ihren ehemaligen Herren entstanden.

Auf der Brühlschen Terrasse in Dreden kann man zwischen zwei und vier Uhr, der fashionabelsten Promenadezeit, einem etwa fünfzigjährigen Manne mit bereits ganz weißem Haar begegnen, der an der Gicht zu leiden scheint, aber noch schön ist, höchst elegant gekleidet und von jenem eigentümlichen Gepräge, das dem Menschen nur ein langjähriger Verkehr mit der höchsten Gesellschaft aufdrückt. Es ist Paul Petrowitsch. Er hat Moskau seiner Gesundheit wegen verlassen; er hat sich in Dresden niedergelassen, wo er vorzugsweise mit Engländern und russischen Touristen verkehrt. Den Engländern gegenüber tritt er einfach, fast bescheiden, aber nicht ohne Würde auf; sie finden ihn etwas langweilig, betrachten ihn jedoch als Gentlemen.

In Gesellschaft der Russen fühlt er sich freier; bei ihnen läßt er seinem galligen Temperament freien Lauf und zieht schonungslos über sie und sich selbst her; aber es geschieht stets mit einem liebenswürdigen und vor allem höchst anständigen Sichgehenlassen. Auch bekennt er sich zu den Anschauungen der Slawophilen — bekanntlich gilt das jetzt in der hohen russischen Gesellschaft für sehr „distinguiert". Nie liest er ein russisches Buch, aber auf seinem Schreibtische befindet sich ein silberner Aschenbecher in Form eines bäuerlichen Lapot (Bauernschuh aus Birkenrinde). Unsere Touristen suchen ihn ziemlich fleißig auf. Matthäus Ilitsch Koljasin, der sich jetzt „in den Reihen der Opposition" befindet, hat ihm einen feierlichen Besuch gemacht, als er sich vor kurzem in die böhmischen Bäder begab; und die Bewohner Dresdens, mit denen er übrigens wenig verkehrt, scheinen eine Art Verehrung für ihn zu haben. Niemand kann so leicht und so schnell wie „der Herr Baron von Kirsanoff" ein Billet zu der Hofkapelle, einer Theaterloge usw. erhalten. Er tut stets so viel Gutes als er kann; wie ehemals macht er immer noch etwas Geräusch; nicht umsonst ist er früher ein Löwe gewesen; — aber das Leben ist ihm zur Last, mehr als er selbst ahnt . . . Man braucht ihn nur in der russischen Kirche zu sehen, wenn er, zur Seite an die Mauer gelehnt, träumerisch wird und, mit einem Ausdruck der Bitterkeit die Lippen fest geschlossen haltend, lange unbeweglich dasteht, dann plötzlich sich aufrüttelt und fast unmerklich sich zu bekreuzigen beginnt.

(Schluß folgt.)

flächen nur noch verbreitern. Zu beachten ist auch, daß zahlreiche Mitglieder des Reichswirtschaftsrates parteipolitisch abgestempelt, aber als Reichswirtschaftsratsmitglieder nicht berufen sind, im Namen und Auftrag ihrer Partei zu sprechen. Auch daraus können sich Unzuträglichkeiten ergeben, wenn der Reichswirtschaftsrat in wichtigen politischen Angelegenheiten das erste Wort erhält. Es gilt hier den Anfängen zu wehren!

Auch die „Germania" nimmt Stellung gelegentlich des Regierungsberichts über Spa und sagt dazu: „Jedenfalls hat der „Vorwärts" vollkommen recht, wenn er meint, daß Reichslanzler Fehrenbach, der solange Reichstagspräsident war, sich nicht an Bestrebungen beteiligt, die darauf hinauslaufen werden, die Stellung des Reichstags herabzudrücken. Und was von Herrn Fehrenbach gilt, gilt selbstverständlich genau so von allen Zentrumsministern und vom gesamten Zentrum. Bei aller Wertschätzung der wirtschaftlichen Kräfte in unserem Volksleben und bei aller Hochachtung vor der Bedeutung des Reichswirtschaftsrats — die er aber erst durch die Tat beweisen muß — denkt das Zentrum gar nicht daran, zu einer Machtverschiebung zwischen der Vertretung des souveränen Volkes und der erst noch richtig aufzubauenden Vertretung der schaffenden Kräfte die Hand zu bieten.

Badische Politik.

Das Gebäudeversicherungs-Gesetz vor dem Landtags-Ausschuß.

* Der Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes wurde in der gestrigen Sitzung des Landtagsausschusses für Rechtspflege und Verwaltung nach dem Bericht des Abg. Strobel (Soz.) beraten. Die Aenderung, die der Gesetzentwurf bringt, besteht im wesentlichen darin, daß in den Fällen, wo seit 1. Januar ds. Js. Gebäudeschaden durch Feuer entstanden ist, ein voller Ersatz der Neubaukosten durch die Gebäudeversicherungsanstalt zu erfolgen hat. Ein Antrag Ziegelmayer (Ztr.) verlangt, daß eine derartige Bestimmung weiter zurück auf den 1. Januar 1918 in Kraft treten soll. Der Regierungsvertreter macht dagegen Bedenken geltend, weil sonst u. a. eine Nacherhebung der Brandversicherungsbeiträge notwendig werde, wogegen der Hausbesitz sich sicherlich energisch wehren würde. Bei dieser Gelegenheit soll im Gesetz auch formell ein Vorrecht des früheren Großherzogs und der „Standesherren", wonach ihre Schlösser von der staatlichen Zwangsversicherung befreit sind, in Wegfall kommen. Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung des Antrags Ziegelmayer mit Mehrheit angenommen. — Ein Antrag Vielhauer (Dem.) und Gen., der von der Regierung die Förderung der Rindviehzucht derart verlangt, daß dabei eine Verbesserung des Nutzungswertes der Tiere erzielt und weniger auf Formschönheit gesehen wird, fand ebenfalls die Zustimmung des Ausschusses.

Die neue Besoldungsordnung.

Seit Montag nachmittag beschäftigt sich der Haushaltsausschuß mit der überaus schwierigen Arbeit der erstmaligen Einstufung der badischen Beamten in die neue Besoldungsordnung. Es liegt im Wesen dieser Beratungen, daß über sie nicht im einzelnen berichtet werden kann. Nach längeren Debatten beschloß aber der Haushaltsausschuß, das Nachtragsbudget noch zu erledigen, damit die Beamten über die ihnen künftig zustehenden Bezüge baldigst Gewißheit erhalten. — Dann beriet er über die Richtlinien, nach denen die Einstufung erfolgt und wandte sich später den Voranschlägen der einzelnen Ministerien zu. Die Beratungen hierüber werden den Haushaltsausschuß in dieser und der nächsten Woche vollauf in Anspruch nehmen.

Klerus und Presse.

Der Freiburger Erzbischof hat den Chefredakteur Theodor Mayer vom „Badischen Beobachter", der jüngst sein 25jähriges Priesterjubiläum beging, zum Erzbischöflichen Geistlichen Rat ernannt. Das wäre an sich eine rein kirchliche Angelegenheit, aber sie scheint uns insofern auch eine politische Bedeutung zu haben, als der Titel Geistl. Rat anläßlich des Priesterjubiläums unseres Wissens bisher nur an zwei prominente politische Persönlichkeiten in den Reihen des badischen katholischen Klerus, an Herrn Theodor Wacker und Herrn Jos. Schofer, den früheren und den jetzigen Führer des badischen Zentrums, verliehen wurde. Der Erzbischof wollte wahrscheinlich mit seiner Rangerteilung an den Chefredakteur Mayer sein Einverständnis mit der Politik des „Bad. Beobachters" zum Ausdruck bringen.

Die Handhabung der Personalakten.

Hinter dem Drängen der Beamten um Einsichtnahme in die dienstlichen und geheimen Personalakten stand zweifellos die Absicht, damit einmal restlose Aufklärung über die Gründe und Ursachen so mancher bürokratischer Maßregelung 2c. aus früheren Jahren zu erhalten. Der nunmehr angeordnete „Bereinigungsakt" der Personalakten vor der Einsichtnahme durch die Beamten verhindert nun gerade diese gewollte Aufklärung. Dabei wurde für die Förderer, Dunkelmänner und Zuhälter der früheren Spitzelwirtschaft eine Amnestie erlassen, welche dem Rechtsempfinden völlig widerspricht. Nach Gesetz und Recht verjähren gemeine Verbrechen in der Regel nach 30 Jahren und so manche bürokratische Vergiftungstaten waren bundsgemeine Verbrechen. Diese sollen nun alle der Vergessenheit anheim fallen und sühnelos bleiben, lediglich deswegen, weil ansonst so manche Person, die heute sich an bevorzugter Stelle befindet, bloßgestellt und entlarvt würde. Dabei heißt es in der Verfassung, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind. Ob man einen Arbeiter oder Nachtwächter auch so rücksichtsvoll behandeln würde wie einen Direktor oder Geheimrat? So wird uns von Freiburg berichtet, daß ein dortiger Schuldirektor ein geheimes Personalaktensystem ausgebaut haben soll, welches ihm die Möglichkeit darbot, Lehrkräfte, die ihm durch ihren offenen Freimut — man behauptet auch durch ihre geistige Ueberragung — unbequem wurden, nach Belieben über die Klinge springen zu lassen. Durch die Bereinigungsmaßnahmen werden leider solche und ähnliche bürokratische Teufelskünste, die das Leben und die Arbeit von tausenden Beamten vergifteten, nicht an das Licht der Oeffentlichkeit gelangen.

Aus dem badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen. Der Verband bad. landw. Genossenschaften nimmt in seinem Verbandsorgan, dem Genossenschaftsblatt Stellung zu den mancherorts auftretenden, besonders vom Badischen Bauernverband unterstützten Bestrebungen einer Verschmelzung der einzelnen Organisationsarten und teilt mit, daß in einer Sitzung des Verbandsausschusses und der Landesobmännerversammlung eine Entschließung gefaßt worden ist, in der zum Ausdruck kommt: Die wirtschaftspolitische Vereinigung der gesamten badischen Bauernschaft ist und bleibt das Ziel, dem der Verband bad. landw. Genossenschaften, nachdem er bereits seit der Revolution sich eifrig dafür eingesetzt hat, auch weiterhin zustrebt. So wünschenswert dieses Ziel ist, so verwerflich ist es aber, das blühende bad. landw. Genossenschaftswesen entgegen seiner historischen Entwicklung der Bauernverbandsorganisation einzugliedern. Die wirtschaftspolitischen Organisationen müssen unbeschadet des gemeinsamen Eintretens für landw. Forderungen getrennt ihren durchaus verschiedenen Aufgaben obliegen. Diese Arbeitsteilung, die auch beim Arbeiter zwischen Gewerkschaft und Konsumverein mit größtem Erfolg seit Jahrzehnten scharf durchgeführt wird, ist auch in der Landwirtschaft der einzig mögliche Weg.

Aus dem Kreisausschuß Karlsruhe. In der letzten Sitzung des Kreisausschusses Karlsruhe wurde u. a. folgendes beraten und beschlossen: Das Ministerium des Innern hat einen Gesetzentwurf mitgeteilt, wonach die Deckung des Kreisaufwandes vorläufig bis zum 8. März 1921 nach den seitherigen Vorschriften durch Umlagen von den Kreisgemeinden erfolgen soll. Der Kreisausschuß ist damit einverstanden und ersuchte die Kreisgemeinden, die nach diesen Grundsätzen für das Kalenderjahr 1920 bereits festgesetzte Kreisumlage alsbald zu entrichten. — An die Zentrale des Verbandes badischer Arbeitsnachweise, sowie an die Arbeitsämter Karlsruhe, Pforzheim, Bruchsal, Durlach und Ettlingen wurden Kreisbeiträge von zusammen 5500 M angewiesen. — Auf 1. Juli 1920 ist die Fürsorgeschwester Frau Klara Treiber aus Karlsruhe in den Dienst des Kreises getreten. Ihr wurden Gemeinden aus den Amtsbezirken Durlach und Karlsruhe als Fürsorgebezirk zugewiesen. — Der Gemeinde Oeschelbronn, die zurzeit eine Solbadkur für kranke und schwächliche Kinder durchführt, wurde ein Kreisbeitrag von 1000 M bereit gestellt. — Auf Anregung der Landwirtschaftskammer erklärte sich der Kreisausschuß bereit, an bedürftige Schüler aus dem Kreisgebiet zum Besuch der Lehrkurse an den Lehrgütern Blankenhornberg und Eberstein Stipendien zu gewähren. — Angewiesen wurden Beihilfen an bedürftige Lehrlinge und Unterstützungen an Kreiswegwarte im Betrag von zusammen 1200 M. Zwei Gesuche um Darleben aus der Mittelstandshilfskasse wurden abgelehnt, weil die Gesuchsteller den für die Gewährung von Darlehen aufgestellten Grundsätzen nicht entsprechen.

Der Uebertritt der badischen Eisenbahnbeamten zum Reich. Die „Karlsruher Zeitung" schreibt: Da die endgültige Einreihung der an das Reich übergehenden Eisenbahnbeamten der Länder in die einzelnen Gruppen des Reichsbesoldungsgesetzes bis zum Ablauf der in § 25 des Verreichungsvertrags für das Rücktrittsrecht der Beamten in den Landesdienst vorgesehenen Frist (3. August 1920) voraussichtlich nicht durchgeführt sein kann, ist eine Verlängerung dieser Frist beabsichtigt. Das badische Finanzministerium hat der beabsichtigten Verlängerung zugestimmt.

Reichstarif der Eisenbahner und der Reichstag.

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben:

Schon seit Ende April ds. Js. verhandeln die Vertreter der Großorganisationen des Eisenbahnpersonals mit dem Reichsverkehrsministerium in Berlin über den Abschluß eines Reichslohntarifs. Die bisherigen Ländertarife wären eigentlich mit der Uebernahme der Staatseisenbahnen in den Besitz des Reiches überholt und hätten bereits am 1. April dem Reichtarifvertrag Platz machen müssen. Die süddeutschen Eisenbahner hatten insofern kein allzugroßes Interesse an der Einführung des Reichslohntarifs, als für diese verschiedene Verschlechterungen mit in Kauf genommen werden müssen. An der Neuregelung und Aufbesserung der Löhne haben jedoch die Eisenbahner gemeinsam ein großes Interesse da die Lohnverhältnisse schon längere Zeit durchaus reformbedürftig geworden sind, was kein Kenner der Verhältnisse bestreiten wird. Eine große Enttäuschung haben uns jedoch das Verhalten des Reichskabinetts und der bürgerlichen Parteien des Reichstags bereitet. Der frühere sozialdemokratische Verkehrsminister Bauer hatte sich den Organisationen gegenüber bereit erklärt, für die bereits zustande gekommene Lohnvereinbarung einzutreten. Da setzte plötzlich der Widerstand des Reichsfinanzministers ein, indem er erklärte, die Regierung könne nicht zu den Verhandlungen nach Spa gehen, wenn kurz vorher noch 3½ Milliarden für Löhne und Gehälter bewilligt würden. Darauf setzten Verhandlungen mit verschiedenen Parteien des Reichstages ein, der jedoch nicht endgültig zu der Frage Stellung nahm, da verschiedene Mitglieder der Regierung inzwischen nach Spa abgereist sind und demzufolge eine Vertagung des Reichstags vorgenommen worden ist. Die Organisationen machten darauf den letzten Versuch, den Haushaltausschuß des Reichstags zu einer anderen Stellung zu bewegen. Es kam am 8. Juni zu einer lebhaften Auseinandersetzung bei der die Redner aller Parteien zu Wort gekommen sind und folgende 3 Anträge vorgelegt wurden:

1. Der Haushaltausschuß wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, sofort die Summen im Reichsetat anzufordern, die notwendig sind, um die vor dem Abschluß stehenden Löhne der Staatsarbeiter und die aus der Einstufung der Beamten entstehenden Mehrausgaben für Beamtengehälter auszuzahlen. (Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.)
2. Der Hauptausschuß ist der Ansicht, daß die zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner vereinbarten Löhne den Zeitverhältnissen entsprechen und die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. (Antrag der sozialdemokratischen Fraktion.)
3. Der Ausschuß wolle beschließen: 1. sofort nach Rückkehr des Herrn Reichsfinanzministers die Tarifverhandlungen mit den Staatsarbeitern zum endgültigen Abschluß zu bringen; 2. dem Unterausschuß zur Nachprüfung der Besoldungsordnung möglichst bald das erforderliche Material zu unterbreiten. (Antrag des Zentrums.)

Diese Anträge führten zu stundenlangen Diskussionen, wobei für die sozialdemokratische Fraktion der Abgeordnete Kotzur (Vorstandsmitglied des D. E. V.) auf die gespannte Lage, die sich nunmehr herausgebildet hatte aufmerksam machte und betonte, daß künftig die Arbeiter kein Vertrauen mehr zu den Tarifverhandlungen haben könnten, wenn sie sehen müßten, daß sie monatelang auf eine Erhöhung der Löhne vertröstet werden. Den Antrag des Zentrums bezeichnet Kotzur als unannehmbar, weil er die ganz entgegengesetzte Wirkung auslösen würde. Es gelang aber nicht, die bürgerlichen Parteien zu überzeugen, im Gegenteil, es bildeten bei der Abstimmung Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten einen Block, mit dem Ergebnis, daß der Antrag der unabhängigen mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt wurde. Der Antrag des Zentrums dagegen wurde mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen. Damit ist nun eine Situation geschaffen, zu der der D. E. V. Stellung nehmen wird und das letzte Wort noch nicht gesprochen hat.

Die Eisenbahner wird es noch besonders interessieren, in welcher Weise die „Germania", das führende Blatt der Zentrumspartei, zu ihren Forderungen Stellung genommen hat. Das Blatt macht darauf aufmerksam, daß die Eisenbahnbetriebe zunächst einmal rationell wirtschaften sollten. Es seien im Eisenbahnbetrieb rund 120 000 überflüssige Arbeitskräfte vorhanden die nach und nach ausgeschieden werden müßten. Das Blatt spricht ferner von einem Preisabbau, der bereits eingetreten sei. — Es wird ferner die Eisenbahnarbeiter und Beam-

Die Frage der künstlichen Verjüngung.

Die Wiener Blätter berichten über eine aufsehenerregende Veröffentlichung des Wiener Biologen Professor Steinbach, die nichts mehr und nichts weniger behauptet, als die Möglichkeit, auf operativem Wege den Menschen verjüngen und sein Leben verlängern zu können. Es soll sich bei dieser Operation um eine Nutzbarmachung der Tatsache handeln, daß die Schilddrüse höchst bedeutsame Funktionen im Sinne einer Regeneration verkümmernder innerer Organe auszuüben imstande ist. In der Wiener „Neuen Freien Presse" bespricht der Vorstand des Röntgenlaboratoriums des Wiener Krankenhauses, Professor Holzknecht, das Buch und die Entdeckung Steinachs. Es handelt sich, wie wir dieser Besprechung entnehmen, um nichts weniger, als um die Altersbekämpfung, um ein Neubeleben des menschlichen Organismus durch Zellenerneuerung im eigenen Körper. Nicht allzu lange ist es her, daß die Medizin die ungeheure, alles beeinflussende Wichtigkeit der inneren Sekretion entdeckt hat, insbesondere der Drüsen ohne Ausführungsgang (Schilddrüse, Nebenniere, Hypophyse, Epiphyse usw.), welche „Hormone" produzieren, das heißt spezifische lebenswichtige Stoffe, die durch das Blut dem Körper zugeführt werden und dort bestimmte physiologische Wirkungen ausüben, welche die einzelnen Organe auf dem Wege der Anregung oder Abschwächung ihrer Tätigkeit beeinflussen. Zu einem solchen Gewebe mit innerer Absonderung gehört nun auch ein bisher wenig beachtetes, das Steinach nach einer seiner Wirkungen die „Pubertätsdrüse" benannt hat. Durch konsequente systematische Arbeit entdeckte er, daß die Pubertätsdrüse einer der mächtigsten Regulatoren des Organismus ist, daß in ihrer Abnützung viel mehr als in der Abnützung der andern Organe die Ursache des Alterns zu suchen sei. Nun führten ihn seine Experimente dazu, je nach Verkleinerung oder Vergrößerung der Pubertätsdrüse durch operativen Eingriff das Altern seiner Versuchstiere zu beschleunigen oder zu verzögern. Es handelt sich hier um die Unterbindung des an der Oberfläche liegenden Ausführungsganges der einen Keimdrüse. Derselbe Erfolg wird langsamer wirkend durch Röntgenbestrahlung erreicht. Beide Mittel bewirken die Einschränkung der Tätigkeit der Keimdrüse zugunsten der in ihr verteilten Pubertätsdrüse. Am weiblichen Organismus ergab das Verfahren geringere, die Einpflanzung jugendlicher Keimdrüsen gleich hohe Wirkungen. Die Ergebnisse des Tierexperiments hat Steinach schon im Jahre 1912 der Wiener Akademie der Wissenschaften zur Aufbewahrung übergeben. Die ersten Experimente am Menschen galten der gelungenen Beseitigung von Krankheiten, die auf einer zu geringen oder falschen Wirkung der Pubertätsdrüse beruhen. Die neuen Experimente, welche die Verjüngung des Menschen betreffen, erläutert Steinach an drei Beispielen, die den überraschenden Wirkungen des Tierexperiments in allen Einzelheiten des Ergebnisses entsprechen: Aussehen, wiederkehrende körperliche und geistige Fähigkeiten, wiedergewonnene Lebensfreude und Lebenskraft sind die Erfolge bei alten im Organismus verfallenen Männern. Die weiteren Erfahrungen werden zeigen, wie groß der Gewinn im Durchschnitt ist und inwieweit mit diesem Mittel vielleicht außer den individuellen auch soziale Probleme zu lösen sind.

Zu der gleichen Frage wird aus Halle a. d. S. berichtet: Professor Steinach hat als Ergebnis seiner mehr als zehnjährigen entwicklungsmechanischen Experimente die Menschheit mit der zurzeit bereits erprobten Möglichkeit der Verjüngung der gesunden Greise beschenkt. Das Werk, in welchem er die Resultate seiner Forschungen niederlegt (der Titel desselben lautet: „Verjüngung durch experimentelle Neubelebung der alternden Pubertätsdrüse", Verlag Julius Springer, Berlin 1920), hat er dem berühmten Anatomen der halleischen Universität Prof. Dr. Wilhelm Roux, dem Begründer der Entwicklungsmechanik, gewidmet. Roux mißt den Forschungen Steinachs die größte Bedeutung bei. Der erste Teil der Forschungen Steinachs kann nach Roux praktisch dazu verwendet werden, Homosexuellen die naturwidrigen Triebe zu nehmen. Was den zweiten und Hauptteil der Forschungen — die Verjüngung — betrifft, so erklärt Roux, daß sich die in zahlreichen Fällen an Tieren gewonnenen Ergebnisse an Menschen durchaus bestätigen. Zwei Greise — 65 und 71 Jahre alt —, die nach der Methode Steinachs behandelt wurden, berichten, daß nach 2 Monaten die rasche Ermüdbarkeit, Atembeschwerden, Schwindelanfälle, das Nachlassen der geistigen Fähigkeiten, die Abnahme des Gedächtnisses, schwanden. An ihre Stelle traten wieder körperliche und geistige Regsamkeit, das Gedächtnis wurde wieder wie früher, es besteht das Gefühl erneuter (auch sexueller) frischer Manneskraft und neuer Lebensfreude. Das Händezittern hörte auf, das Aussehen wurde jugendlicher, die Haut glatter. Außer diesen Greisen wurde ein Arbeiter von 44 Jahren operiert, der an vorzeitiger Greisenhaftigkeit mit so großer Körper- und Geistesschwäche litt, daß er nicht mehr arbeiten konnte. Dieser wurde nach einigen Monaten so kräftig, daß er jetzt als Schwerarbeiter 100 Kilogramm auf dem Rücken trägt; er wurde wieder, wie er früher gewesen war. Auch an senilen weiblichen Tieren gelang die Verjüngung, namentlich durch Einpflanzung eines neuen jugendlichen Eierstocks. Die seit langem unfruchtbaren Weibchen wurden wieder brünstig und trächtig, warfen wieder Junge. An Frauen wurden noch keine Eingriffe zum Zwecke der Verjüngung vorgenommen, aber zu Heilzwecken vorgenommene Röntgenbestrahlung des Eierstocks hatte auffallende Verjüngung mit Glättung der Gesichtshaut, Steigerung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit usw. zur Folge. Wie lange die Verjüngungswirkungen beim Menschen dauern werden und unter welchen Erscheinungen und Empfindungen schließlich das zweite Greisenalter verlaufen und zum Tode führen wird, wird die Zukunft ergeben. Roux erklärt, daß für die Menschheit eine neue Periode angebrochen sei, in welcher jeder sonst gesunde Greis mindestens kurz nach dem Beginn des Greisenalters die Möglichkeit hat, sich für eine Zeitlang wieder jugendliche Leistungsfähigkeit und Lebensfreude zu verschaffen. Er fordert zu einer großen Unterstützungsaktion aller Kulturstaaten für Steinachs Forschungsinstitut auf, dem die notwendigsten Hilfsmittel fehlen, so daß Steinach die Fortführung seiner experimentellen Arbeiten einstellen müßte.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Der Reichswirtschaftsrat. Von Georg Plötz, (Referent im Reichswirtschafts-Ministerium) Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. Preis 2.50 M.

Der deutsche Reichswirtschaftsrat, das erste Wirtschaftsparlament der Welt, ist zum erstenmal zusammengetreten. Die vorliegende Schrift ist die erste zusammenfassende Darstellung darüber, was dieser neuartige Parlamentskörper ist. Sie gibt die gesetzgeberische Gründungsurkunde des R.W.R. wieder und erläutert sie nach ihrem sachlichen und formalen Inhalt. Es werden die Entstehungsgeschichte des R.W.R., die Kämpfe um die Art seines Aufbaues und seine Rechte und Aufgaben geschildert. Der tatsächliche Aufbau wird zergliedert, über die (etwa 100) bedeutenden Wirtschafts-Verbände und Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die den R.W.R. beschicken, werden genaue Angaben gemacht, und die erstmalig berufenen 326 Personen werden namentlich aufgeführt. Die Schrift wird allen denen, welche sich über die im raschen Tempo vor sich gehende neuerliche Umgruppierung der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Kräfte auf dem Laufenden halten wollen, willkommen sein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ten interessieren, daß in Zentrumskreisen zur Zeit eine eifrige Propaganda für eine Verlängerung der Arbeitszeit und die Einführung der Akkordarbeit betrieben wird.

Wir Eisenbahner haben alle Ursache, auf der Hut zu sein, denn nach all dem, was bisher in der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, kann sowohl bei dem Reichslohntarif der Arbeiter, wie bei der Besoldungsordnung der Beamten, noch nicht von einer fertigen Sache gesprochen werden.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz für den Amtsbezirk Durlach. Montag, 26. Juli nachmittags 4 Uhr, findet in Durlach im „Lamm" eine Bezirkskonferenz statt. Alle Ortsvereine werden ersucht, Delegierte zu entsenden.

Ubstadt, 20. Juli. Sonntag, 25. ds. Mts. abends 8 Uhr, findet im „Löwen" eine Mitgliederversammlung des soz. Vereins statt, wozu Genosse Trinks erscheinen wird. Es ist Pflicht sämtlicher Mitglieder, sowie Gemeindevertreter und Volksfreundleser zu erscheinen. Wegen Kontrolle ist es nötig, Mitgliedsbücher mitzubringen.

Bietigheim, 20. Juli. Nächsten Freitag, abends 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Hirsch" eine Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht aller Genossen pünktlich zu erscheinen.

Gewerkschaftliches.

Eine unerhörte Vergewaltigung.

Die Justiz hat sich immer als Vertreter des Besitzes gefühlt und sie ist auch ein Instrument des Besitzes gegen die Nichtbesitzenden geblieben trotz der Revolution. Das bekundet trefflich eine Veröffentlichung der Berliner Gewerkschaftskommission. In dem Streik der Berliner Rechtsanwaltsangestellten haben die Rechtsanwälte durch ihren Vertreter Emil Roth, folgende einstweilige Verfügung vom Landgericht 2, Zivilkammer 15, erwirkt:

15. O. 83/20.

Beschluß.

Auf Antrag 1. des Berliner Anwaltsvereins e. V. zu Berlin, vertreten durch die beiden Vorstandsmitglieder Justizrat Julius Magnus und Willy Altherthum beide zu Berlin, 2. des Rechtsanwalts Fritz Loewe zu Berlin, Französische Straße 28, 3. des Rechtsanwalts Willi Altherthum zu Berlin-Lichtenberg, Boxhagenerstraße 55, Antragsteller, sämtlich vertreten durch Rechtanwalt Emil Roth zu Berlin, Friedrichstr. 48,

gegen

1. den Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, Belle-Alliancestraße 7—10, vertreten durch seinen Vorstand, Antraggegner, wird im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet:

Dem Antraggegner wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 M für jeden Fall der Zuwiderhandlung aufgegeben, alle Handlungen zu unterlassen, durch die der Streik der Rechtsanwaltsangestellten in Groß-Berlin eingeleitet gefördert oder sonst unterstützt werden könnte, insbesondere

1. Aufrufe, Ermahnungen und Aufforderungen dieses Inhalts in Wort und Schrift,
2. Einberufung von Streikversammlungen und Beteiligung von solchen in jeder Form,
3. Zahlung von Streikunterstützungen,
4. Organisation des Streikpostendienstes.

Berlin, den 8. Juli 1920.

Landgericht, Zivilkammer 15.
gez. Schulz, Böhn, Rothe.

LS. Ausgefertigt, Berlin, den 9. Juli 1920.
gez. Lange,
Gerichtsschreiber des Landgerichts II.

Die Berliner Gewerkschaftskommission bemerkt dazu:

Diese Verfügung ist ein Schlag ins Gesicht der Angestellten und Arbeiter. Der Zentralverband der Angestellten hat bereits die erforderlichen Schritte zur Aufhebung dieser Verfügung eingeleitet. Sollte dem nicht umgehend Rechnung getragen werden, so ist die Angestellten- und Arbeiterschaft entschlossen, den Kampf gegen die Strangulierung der durch die Verfassung gewährleisteten Rechte aufzunehmen. Die Richter, die eine solche Verfügung erlassen, benutzen ihren unabhängigen Stand dazu den Arbeitern und Angestellten ihre elementarsten Rechte zu nehmen. Dem muß die Arbeiter- und Angestelltenschaft mit allen Mitteln begegnen und sich bereithalten zu entschlossener Abwehr gegen jeden Eingriff in ihre elementarsten Grundrechte. Den Angestellten, denen zunächst dieser Kampf aufgezwungen ist, wird die organisierte Arbeiterschaft solidarisch und stets hilfsbereit zur Seite stehen.

Gemeindepolitik.

Gemeindevertreterkonferenz des Bezirks Durlach.

* **Durlach,** 18. Juli. Zu der heute hier stattgefundenen Konferenz der Gemeindevertreter de Bezirks Durlach hatten sich 47 Teilnehmer eingefunden, die 11 Orte vertraten. Unvertreten waren die Orte: Langensteinbach, Jöhlingen, Kleinsteinbach, Königsbach, Singen, Spielberg, Stupferich, Wilferdingen und Unternutschelbach. Die Tagesordnung umfaßte als hauptsächlichsten Beratungsgegenstand einen Vortrag des Gen. Abg. Nellert über „Sozialistische Gemeindepolitik". Gen. Nellert wies in seinem vorzüglichen, instruktiven Referat zunächst darauf hin, daß durch die Verreichlichung den Gemeinden vor allem die Umlagen weggenommen sind, und daß eine geraume Zeit vergehen wird, bis die vom Reich zustehenden Zuschüsse ausgerechnet und den Gemeinden zugeführt werden könnten. Diese Uebergangszeit wird besonders für die Städte eine schwere werden. Als Hauptpunkte behandelte Redner sodann die Schulfrage und die Besetzung der Lehrerstellen; hier müßten die Schulkommissionen ihrer Aufgabe gewachsen sein, um im Benehmen mit den freien Lehrerorganisationen die richtige Auswahl zu treffen. Redner wünschte Verringerung der Schülerzahl, um den Lehrern die nötige Zeit zu geben, auch die schwachbegabten Schüler unter besondere Obhut zu nehmen. Speziell auch auf die Schulräume hätten unsere Vertreter ihr ganzes Augenmerk zu richten. In Bezug auf Sport und Spielplätze nimmt Redner den Standpunkt ein, daß der zunehmenden Sportfexerei entgegenzutreten, aber aller Sport, der die Gesundheit der Jugend zu heben geeignet ist, zu unterstützen sei. Besonders seien für die Schuljugend die nötigen Sport- und Spielplätze zu schaffen. Eine sehr wichtige Frage ist die Wöchnerinnenfrage. Dringend nötig sei, überall, wo es möglich ist, Wöchnerinnenheime zu schaffen. Der Frage der Gleichstellung der unehelichen Kinder muß die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zur Wohnungsfrage übergehend stellt Redner fest, daß fast in jeder Gemeinde die Wohnungsverhältnisse einfach traurige sind. Hier muß durch Erstellung von Neubauten durch Umbauten von öffentlichen Gebäuden und durch Rationierung der großen Wohnungen sofort Abhilfe geschaffen werden. Es sei dem Häuserverkauf die größte Aufmerksamkeit zu schenken und durch das Vorkaufsrecht der Gemeinden die Häuser in den Besitz der Gemeinden zu bringen, das sei vernünftige Bodenpolitik und der Anfang der Sozialisierung des Grund und Bodens. Zur Allmendfrage übergehend erklärt der Redner, daß diese Frage akut werde, überall wo solches Allmend bestehe, wurden diese Allmendgrundstücke sehr vernachlässigt. Hier müsse seitens der Gemeindevertreter darauf hingewirkt werden, daß der Ertrag gesteigert werde, d. h. die Grundstücke in den Besitz der Gemeinden überführt werden. Zur Aufbringung der Mittel übergehend, erwähnt Redner noch die Steuerquellen die den Städten noch verblieben sind. Die Sozialisierung der Kinos sei zu befürworten, die eine sehr ergiebige Steuer darstelle. Die Mittel für alle diese unsere Forderungen müssen wir zu schaffen suchen, wir dürfen nicht nach der Gunst der Massen sehen, sondern unentwegt und klar den Weg gehen der notwendig ist, um dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

Die Diskussion war eine sehr lebhafte und sachliche. Vor allem wurde betont, daß die Wohnungsnot überall eine krasse sei und der unsinnige teure Preis der Baumaterialien keine Bautätigkeit aufkommen lasse. — In seinem Schlußwort ging Genosse Nellert auf alle Einwürfe ein, er stellte fest, daß wir auf allen Gebieten noch sehr viel arbeiten müßten. Erst wenn der kulturelle Zustand unserer Volksgenossen, der durch den Krieg sehr tief gesunken ist, sich wieder gehoben hat, wird es möglich, mehr für die Arbeiterschaft herauszuholen. Auf zur Aufklärungsarbeit!! Hinein in die Organisationen! Nur dadurch können wir unseren Einfluß stärken und den endlichen Sieg erringen.

Mannheim, 15. Juli. Der Bürgerausschuß befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Wohnungsfrage und -Not. Die bisherige Wohnungspolitik des Stadtrats, die sich nur auf Not- und Behelfsbauten beschränkte, wurde als Flickwerk bezeichnet. Die zur Erstellung von Wohnhäusern angeforderten 3 Millionen wurden bewilligt. Abgelehnt wurde dagegen die Summe von 500 000 M für Prämienzahlung bei der freiwilligen Freimachung von Wohnungen.

7. ordentlicher Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Deutschlands.

I. **Frankfurt a. Main,** 18. Juli 1920.

Vom 12. Juli bis heute tagte der 7. ordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und- Hilfsarbeiterinnen. An den Verhandlungen nahmen 100 Delegierte, vier Vorstandsmitglieder und der Redakteur teil. Befreundete und ausländische Bruderverbände hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund war der 2. Vorsitzende Graßmann-Berlin erschienen.

Verbandsvorsitzender Pucher-Berlin eröffnete die Tagung die dazu berufen sei, ernste und verantwortungsvolle Arbeit im Interesse der Kollegenschaft zu leisten. Er wies auf die durch den Krieg hervorgerufene Papiernot hin, wodurch besonders das graphische Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Die angestrebte Neuorientierung dürfte nur von dem Gesichtspunkte des praktischen Handelns aus geschehen. Er würdigte dann noch die großen Verdienste der im Vorjahre verstorbenen Verbandsvorsitzenden und Gründerin Paula Thiede.

Sodann erstattete Pucher den Geschäftsbericht. Er verbreitete sich ausführlich über die Lohn- und Tarifbewegungen in der Berichtszeit 1918/20, wodurch ganz wesentliche Vorteile für die Kollegenschaft erzielt worden seien. Pucher sprach sodann von der Zusammenarbeit mit den anderen graphischen Organisationen, die zur Gründung des „Graphischen Bundes" geführt habe. Ueber die weitere Stellungnahme zu den Arbeitsgemeinschaften solle der Verbandstag entscheiden. Bis jetzt habe man sie als Mittel zum Zweck betrachtet, man habe es aber jederzeit in der Hand, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten.

Verbandskassier Lohdahl-Berlin erstattete den Kassenbericht. Die Verbandskasse schloß am 31. März 1920 mit einem Bestand von 773 388 M ab. Der Mitgliederbestand betrug im vierten Quarteal 1919 24 544 weibliche und 11 772 männliche Mitglieder, zusammen 36 206 Mitglieder. Heute umfasse der Verband rund 42 000 Kollegen und Kolleginnen.

Den Redaktionsbericht gab Redakteur Schulze-Berlin, der darauf hinwies, daß parteipolitische Auseinandersetzungen in der „Solidarität" keine Aufnahme finden können. Besonderes Augenmerk lege er auf die Schaffung einer Frauenbeilage, ferner solle die Jugendfrage in Zukunft mehr Beachtung finden. Zum Schlusse seiner Ausführungen plädierte er noch für das achttägige Erscheinen des Verbandsorgans.

In der Aussprache über die Tätigkeitsberichte führte die Opposition Klage darüber, daß ihre Auffassung in der „Solidarität" keine Aufnahme finde. Sie erhob weiter die allgemein bekannten Angriffe gegen die verknöcherte Gewerkschaftsbürokratie und das Verhalten der Generalkommission während der Kriegszeit. Die Arbeitsgemeinschaften dienten unter sozialem Deckmantel privatkapitalistischen Tendenzen. Es sei notwendig daß in die ganze Gewerkschaftsbewegung ein neuer Zug hineinkomme. Die Statuten müßten fallen, nur der Geist müßte führen und leiten.

Von der Gegenseite wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften heute eine Macht seien, mit der das Unternehmertum rechnen müsse. Es sei auch leichter zu kritisieren, als Vorschläge zu machen- wie es hätte besser gemacht werden können und Besserungsvorschläge seien von der Opposition keine einzigen gemacht worden. Das Instrument der Arbeitsgemeinschaften solle man nicht aus der Hand geben, bevor man etwas besseres habe. Das Betriebsrätegesetz sei unzulänglich; es solle aber auch erst den Kampfboden abgeben, um weitere Rechte für die Arbeiterschaft herauszuholen. Man solle sich aber auch darüber klar sein, daß bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstages ein derartiges Gesetz überhaupt nicht herausgekommen wäre. Deutschland ist erschöpft und weißgeblutet und es bedarf wirtschaftlicher Giganten um es wieder zu dem zu machen, was es vor dem Kriege war. Deshalb seien auch die bedeutenden Wirtschaftspolitiker der U.S.P. zu der Ueberzeugung gekommen, daß man eine darniederliegende und weißgeblutete Wirtschaft und Industrie nicht sozialisieren könne.

Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes, Graßmann-Berlin, legte die Gründe dar, von denen die Generalkommission sich bei ihrer Politik in den letzten Jahren hat leiten lassen. Die Auffassung der Generalkommission habe der Ansicht der großen Masse des Volkes entsprochen, die glaubte, die sozialen Errungenschaften unseres Landes verteidigen zu müssen, die turmhoch über die aller anderen Kulturländer stehen. Jede große Lohnerhöhung und jede Arbeitszeitverkürzung bilde ein Stück Klassenkampf, daher falle der Vorwurf, daß die Gewerkschaften den Klassenkampf aufgegeben hätten, in sich zusammen.

Im Anschluß an diese Diskussionen wurde ein Vertrauensvotum für die leitenden Personen im Hauptvorstand bei namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 26 Stimmen angenommen.

Hierauf referierte Vorsitzender Pucher über die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterschaft. Nachdem die Opposition sich als grundsätzliche Gegnerin des Tarifwesens bekannte, wurde mit 86 gegen 12 Stimmen eine Entschließung angenommen, die im wesentlichen besagt, daß für das gesamte graphische Gewerbe ein Manteltarif anzustreben ist. Falls auch diese Bemühungen keinen Erfolg zeitigen, Schaffung eines Reichstarifes für die Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterschaft.

Die Unterstützungs- und Beitragsfrage wurde neu geregelt ferner wurde die Schaffung eines Verbandsbeirates beschlossen und als Vorsitzender Schmied-München gewählt.

Auf allgemeinen Wunsch wurde beschlossen aus Verbandsmitteln der im Vorjahre verstorbenen Verbandsvorsitzenden und Gründerin Paula Tiehde als äußeres Zeichen der Dankbarkeit und Verehrung ein Grabdenkmal zu setzen.

Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Pucher-Berlin, 2. Vorsitzender Hernke-Berlin, Kassierer Lodahl-Berlin, Redakteur Schulze-Berlin. Der von der Opposition vorgeschlagene 2. Vorsitzende unterlag bei der Wahl.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Vorsitzender Pucher schloß mit anfeuernden Worten zum Auf- und Ausbau der Organisation mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Tagung.

Aus dem Lande.

-t. **Emmendingen,** 20. Juli. Hier kamen, auf der Reise zu einem Erholungsaufenthalt in Württemberg und Bayern begriffen, 150 Schulkinder an. Bewohner der Stadt Emmendingen nahmen sich der Kinder liebevoll an und gewährten ihnen als angenehme Reiseunterbrechung einen Tag gastfreundliche Aufnahme.

Meßkirch, 19. Juli. In Langenbrunn stürzte die 49jährige Ehefrau des Brunnenmeisters Korn rücklings vom Heuwagen und erlitt so schwere Verletzungen daß sie starb.

-t. **Leopoldshöhe,** 20. Juli. Hier wurden in den letzten Tagen sechs bei der Bahn angestellte Arbeiter verhaftet, die in dem dringenden Verdacht stehen, Diebstähle von Bahngütern begangen zu haben.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund, Gau Baden.

Man schreibt uns: Die Revolution hat der Arbeiterschaft zweifellos die Möglichkeit gegeben, für Bildungsfragen mehr als ehedem Zeit zur Verfügung zu haben. Der Achtstundentag um den Jahrzehnte gekämpft wurde und nun seit 1½ Jahren zur Wirklichkeit geworden ist, macht es zur Pflicht, in erster Linie einzuholen, was uns ungenügende Schulbildung entgehen ließ. Eine gutgeschulte Arbeiterschaft ist die beste Garantie im Kampf um die politischen und wirtschaftlichen Forderungen. In Volkshochschulen, Gewerbe- und Fortbildungsschulen, in Vorträgen und selbständigen Bildungsmöglichkeiten ist dem Arbeiter Gelegenheit geboten, zur geistigen Durchbildung. Ein unentbehrliches Hilfsmittel wird bei jedem Lernenden das Schreiben sein. Ohne die Schrift ist das beste Gedächtnis nicht in der Lage, sich aus- und weiterzubilden. Eine leistungsfähige Schrift wird und muß dem Lernenden die größten Dienste leisten. Daß die heute gebräuchliche Schrift nicht als voll leistungsfähig anerkannt werden kann dafür dürfte ihr schon über 2000jähriges Alter der beste Beweis sein. Wir müssen also schon an eine Kurzschrift denken, die uns in den Stand setzt, diese mit bestem Erfolg gebrauchen zu können. Die im deutschen Arbeiterstenographenbund organisierten Arbeiter haben sich zur Aufgabe gestellt eine wirklich moderne Kurzschrift an Stelle unserer veralteten Schrift als allgemeine Volksschrift einzuführen. Unterrichtskurse briefliche und mündliche, können jederzeit abgehalten werden. Auskunft für den Gau Baden erteilt der Vorsitzende, J. Hiller, Freiburg, Wasserstr. 15.

Großfeuer im Schwarzwald.

Freiburg, 20. Juli. Seit heute nachmittag brannte das große Sägewerk der Firma J. Himmelsbach in Hölzlebruch bei Neustadt im Schwarzwald, dessen größter Teil bereits zerstört ist. Die Gebäude und Schuppen sind gleichfalls niedergebrannt. Auch große Holzvorräte sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Bis zur Stunde gelang es noch nicht, des Feuers Herr zu werden. das auf das angrenzende Sägewerk von Stier überzugreifen droht. Der Schaden beläuft sich bereits auf mehrere Millionen.

WTB. **Freiburg,** 20. Juli. Zu dem Brande des Sägewerkes in Hölzlebruck wird weiter berichtet, daß die angrenzenden Häuser auf der anderen Straßenseite sehr stark in Mitleidenschaft gezogen und zum Teil schon abgebrannt sind. Die Bemühungen der Feuerwehr, den Brand einzudämmen scheinen nicht zu gelingen. Die Tatsache der Unterbrechung der Fernsprechleitung läßt darauf schließen, daß sich der Brand weiter ausdehnt und die mächtigen Langholzvorräte von ihm erfaßt werden. Das Bahnhofsgebäude scheint gefährdet.

Preis-Abbau.

-t. **Müllheim,** 20. Juli. Eine bemerkenswerte Aussprache über die zeitgemäße Frage des Preisabbaus fand im Rathaussaal zwischen den Vertretern der Landwirtschaft des ausgesprochen ländlichen Bezirks Müllheim statt, der auch Vertreter der Arbeiterschaft, der Beamten, des Handels und des Gewerbes anwohnten. Man besprach dabei vorwiegend die vor wenigen Tagen von den landwirtschaftlichen Vereinigungen des Bezirks gefaßte Entschließung, wonach die Landwirtschaft sich mit dem Preisabbau einverstanden erklärt, wenn auch gleichzeitig (!) die übrigen Berufsstände damit beginnen. Von den Vertretern der übrigen Berufsarten wurde dagegen hervorgehoben, daß die Landwirtschaft am allerersten berufen, am allerehesten in der Lage sei (Kraft ihrer günstigen Vermögenslage) mit dem Preisabbau voranzugehen. Würden die Landwirte in der Mehrheit einmal mit der Verbilligung ihrer Produkte beginnen, so käme der Preisabbau, auch die Herabsetzung der Löhne, in Handwerk und Industrie, nur eine Frage der Zeit. Besonders legte der Versammlungsleiter, Herr Bezirksvorstand Oberamtmann Hepp, den Landwirten eindringlich nahe, mit dem Preisabbau bahnbrechend den Anfang zu machen. Es wurde eine gemischte Kommission eingesetzt, welche das Problem des Preisabbaus möglichst tatkräftig fördern soll.

Ettlingen.

Kinderwanderung. Die freien Arbeitervereine veranstalten auch in diesem Jahre wieder eine Kinderwanderung, und zwar am Sonntag, 1. August nach der Lochmühle bei Sulzbach. Dieser idyllisch am Walde gelegene Platz ist wie geschaffen für eine derartige Veranstaltung und ist die Entfernung von hier dorthin dermaßen, daß sie von unseren Kleinen bequem bewältigt werden kann. Nach den getroffenen Vorbereitungen dürfte diese Kinderwanderung wie die früheren auch wieder Befriedigung auslösen. Das von den freien Arbeitervereinen gebildete Komitee bedarf aber der Unterstützung aller Mitglieder, wenn den Kindern etwa gediegenes geboten werden soll; so werden unter anderm auch freiwillige Beiträge zur Finanzierung der Veranstaltung entgegengenommen und können dieselben in die bei den Vereinsmitgliedern zirkulierenden Listen eingetragen werden. Auch können dieselben direkt an den Kassier Jos. Pfeil, Quergasse, oder Frau Martig, Luisenstr., abgeführt werden.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 21. Juli.

Manko!

Die Sonne weckt in der Natur
Als wahre Zeugemutter
Den Pflanzenwuchs, begrünt die Flur
Und reift das Wiesenfutter.

Den kleinsten Keim im Erdenkloß,
Falls ihn ein Strahl beglühte,
Entwickelt sie und zieht ihn groß
Zu farbenreicher Blüte.

Wenn manches Hirn erregter schafft
Und liefert Geistesblitze
So danken wir auch dies der Kraft
Der sommerlichen Hitze.

Jedweder Fleck, der Keime birgt,
Wo nie etwas gediehen,
Muß, wenn die Sonne auf ihn wirkt,
Sich flugs mit Grün beziehen.

Nur eines Schädels kahles Dach
Kann sie nicht mehr behaaren,
Das bleibt im schönsten Sonnenschein brach, —
Ich hab es selbst erfahren.

Ferdinand Madlinger.

Sozialdemokratischer Verein.

Es sei hiermit nochmals auf die **heute abend ½8 Uhr** im kleinen Festhallesaal stattfindende **General-Versammlung** (Fortsetzung) aufmerksam gemacht. Die Genossen und Genossinnen werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. — Zur Kontrolle ist am Saaleingang das Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Wir weisen ferner darauf hin, daß jeder Besucher die städtische Einlaßgebühr von 20 Pfg. zu entrichten hat.

Wohnungspolitik.

Die im Interesse einer gesunden Wohnungspolitik sehr zu beklagenden Häuserverkäufe sind immer noch an der Tagesordnung. Kommen solche Käufe aus geschäftlichen Gründen zustande, weil ein Geschäftsmann zur besseren Durchführung seines Betriebes ein Haus braucht, so ist nichts dagegen einzuwenden. In den meisten Fällen haben diese Käufe andere Ursachen. Die Furcht vor weiterer Entwertung des Geldes bestimmt die Besitzer, ihre Gelder in Häuserwerte umzusetzen, die in allen Fällen immer noch eine gewisse Gewähr gegen etwaigen Verlust des Kapitals bilden. Neuerdings werden aber Häuser vielfach deshalb gekauft, um sich eine passende Wohnung zu verschaffen, die auf andere Weise nicht zu bekommen ist.

Bekanntlich ist es jetzt unmöglich, eine Wohnung ohne Wohnungs- und eventuell Mieteinigungsamt zu erhalten. Das Kapital weiß sich aber einen Ausweg. Ist es dem glücklichen Besitzer des nötigen Geldes nicht möglich, sein Ziel zu erreichen, so kauft er ein Haus nach seinem Geschmack. Auf ein paar tausend Mark mehr oder weniger kommt es dabei nicht an, denn in der Regel sind es ja auch solche Leute, die ihre Kapitalien während des Krieges oder später mühelos auf Kosten der Allgemeinheit erworben haben. Ist man im Besitz des gewünschten Hauses, so fällt es dann nicht schwer, die Wohnungsfrage in einem für den Eigentümer günstigen Sinne zu lösen. Man bemüht sich natürlich, für den Betroffenen irgendwo eine Wohnung ausfindig zu machen, was ja erfahrungsgemäß durch anderweitigen Tausch von Wohnungen und Zuhilfenahme von „Entschädigungen" schon zum Ziel führt. Der Auszumietende muß sich dann wohl oder übel in sein Schicksal fügen, weil ihm ja eine andere Wohnung bereitwilligst von Hauseigentümers Gnaden zur Verfügung gestellt wird. Wie diese Wohnung aussieht, was dieselbe und der Umzug kostet, das kümmert natürlich außer den leidtragenden Mieter niemand. Vorstellungen beim Mieteinigungsamt sind, wie die Erfahrung gezeigt hat, meist erfolglos, weil die Wohnungsfrage für den Ausgemieteten keine Frage mehr ist.

Man sieht, das Kapital weiß sich überall zu helfen. Die Maßnahmen zum Schutze der Mieter werden eben umgangen. Wir meinen aber, in diesen Fällen könnte unbegründeten Ausmietungen ein Riegel vorgeschoben werden. Wohnungsveränderungen bei Hausverkauf sollten nur gestattet werden, wenn ein Bedürfnis hierfür nachgewiesen wird. Ist offenkundig, daß der neue Hauseigentümer das Haus nur zu dem Zweck erwirbt, um sich eine ihm genehme Wohnung zu verschaffen, so dürfte dies kein Grund sein, einen Mieter zum Auszug zu zwingen. Würde dieser Grundsatz praktisch betätigt, so würde mancher unnütze Kauf eines Hauses unterbleiben und würden zweifellos die vielen im Interesse einer Besserung der Wohnungsfrage zu bekämpfenden Häuserverkäufe zum Teil unterbunden werden. Manche Mietsteigerung würde verhindert, weil bekanntlich bei jedem Besitzwechsel eines Hauses auch die Mieten gesteigert werden. Die Mieter, die ja in überwiegender Zahl zu den wirtschaftlichen Schwachen gehören, werden bei Erschwerung des Hausverkaufs in vielen Fällen nicht nur von einer Mietsteigerung, sondern auch von beträchtlichen sonstigen bei einem Wohnungswechsel entstehenden Auslagen verschont und der gediegene Hausbesitz erleidet keine Schädigung. Es muß deshalb Aufgabe der Mieteinigungsämter sein, nachdrücklichst dahin zu wirken, daß Wohnungsänderungen beim Kauf eines Hauses nur dann zugelassen werden, wenn der Käufer ein dringendes Bedürfnis hierfür nachzuweisen imstande ist. Wird dieser Grundsatz praktisch betätigt, dann werden sicher viele unnütze Käufe von Häusern unterbleiben.

Plätze für Kriegsbeschädigte in den Straßenbahnwagen. Auf Veranlassung des Bundes der Kriegsbeschädigten wurden an je zwei Eckplätzen der Straßenbahnwagen Schildchen mit der Aufschrift: „Kriegsbeschädigten freizugeben" angebracht. Die Schaffner haben Anweisung, Kriegsbeschädigten, die nachweislich wegen Behinderung im Gehen, Anspruch auf einen Sitzplatz machen, die gekennzeichneten Plätze von Fahrgästen freizumachen. Solange Anspruch von Kriegsbeschädigten auf diese Plätze nicht gemacht wird, sind sie allen übrigen Fahrgästen zur Benützung frei. Von den Fahrgästen darf wohl erwartet werden, daß sie die Schaffner bei Einräumung von Sitzplätzen für Kriegsbeschädigte in jeder Weise unterstützen.

♀ **Ein „arbeiterfreundlicher" Arbeitgeber** ist, wie uns vom Zentralverband der Bäcker geschrieben wird, der Bäckermeister Hauler in der Durlacherstraße. Die gewerkschaftliche Organisation ist dem guten Mann ein Dorn im Auge, und daß der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufe sich gar noch erdreistet, gegen die Mißstände im Lehrlingswesen anzukämpfen und die jungen Leute vor zu großer Ausbeutung zu schützen sucht, bringt ihn vollends aus dem Häuschen. Mit großer Sorgfalt wacht Herr Hauler darüber, daß seine Lehrlinge ja nicht mit der Organisation in Berührung kommen, und mündlich und schriftlich verbietet er den Jungen den Beitritt zu derselben. Was schert sich so ein Bäckermeister darum, daß heute in der Reichsverfassung jedermann das Vereinigungsrecht gesetzlich gewährleistet ist. Zünftler vom Schlage des Herrn Hauler setzen sich über derartige Bestimmungen einfach hinweg. Herr Hauler hat ja auch alle Ursache, die Organisation sich von seinem Betriebe fernzuhalten, damit die Arbeiterschaft, die Herr Hauler so gerne zu seiner Kundschaft zählt, nichts von seiner allzugroßen „Arbeiterfreundlichkeit" erfährt. Daß der Meister der Backmulde vor den Gesetzen keine Achtung hat, ist daraus zu ersehen, daß er unter die Bekanntmachung wegen der Arbeitszeit in den Bäckereien schrieb: **„Wer bei mir die achtstündige Arbeitszeit einhält, wird entlassen."** Vor einiger Zeit änderte er seine eigene Bekanntmachung dahin ab, daß er dem amtlichen Text hinzusetzte: **„Der Achtstundentag ist nur dazu da, Faulenzer und Tagediebe groß zu ziehen".** Hoffentlich wird die Arbeiterkundschaft des Herrn Hauler sich diese Aeußerungen merken und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen.

Badische Kinder auf dem Heuberg. Um auch seinen Zweigvereinen Gelegenheit zu geben, erholungsbedürftige Mädchen auf dem Heuberg unterzubringen, hat der Badische Frauenverein die Zusammenstellung eines Transports dahin in die Hand genommen. Die überaus zahlreich eingehenden Anmeldungen aus dem ganzen Lande bedingten aber eine Erweiterung des beabsichtigten Unternehmens und schließlich wurden nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten zwei Abteilungen gebildet, von denen die erste mit 150 Mädchen über 12 Jahren, letzter Tage auf vier Wochen dorthin abgereist ist. Die zweite Abteilung in gleicher Stärke mit jüngeren Mädchen wird am 19. August dorthin folgen. Während die Kinder des Oberlandes und der Seegegend in dem um 5 Uhr früh von Karlsruhe über den Schwarzwald gehenden Personenzug durch die vom Verein ausgewählten Leiterinnen unterwegs gesammelt wurden, wurden die Kinder des Unterlandes mit den verschiedenen Frühzügen hierher gebracht, erhielten ein warmes Frühstück und fuhren um 8 Uhr dem Heuberg entgegen. In Thiergarten standen Kraftwagen bereit, um das Gepäck nach dem Lager zu bringen.

* **Rangoonbohnen als Brotstreckungsmittel.** Für die Zeit der Getreideknappheit ist Rangoonbohnenmehl als Brotstreckungsmittel unter der Voraussetzung zugelassen daß dies in feinvermahlenem Zustand verwendet wird; in Mengen von nicht mehr als 5, in Ausnahmefällen, bei örtlicher Notlage, bis höchstens 10 Teilen des gesamten Backmehls zugesetzt wird, da der Blausäuregehalt der verwendeten Rangoobohnen nicht mehr als 35 Milligramm in 100 Gramm beträgt.

R. **Der Gesangverein „Badenia"** veranstaltete am vergangenen Sonntag im „Kühlenn Krug" ein Garten- und Kinderfest, welches sehr zahlreich besucht war und in allen Teilen einen gelungenen Verlauf nahm. Unter der trefflichen Leitung des Chormeisters, Herrn Baumann, kamen Chöre von Silcher, Pflüger, Springenberg, Küfer, Uttenhofer und Breu zum Vortrag, welche alle von guter Schulung zeugten. Den Glanzpunkt der Veranstaltung bildete ein von 60 Kindern aufgeführter Reigen und daran anschließend mustergiltig durchgeführte Stabübungen. Es war helle Freude und großer Jubel, als die Kinder unter den Klängen der Musik in strammer Haltung und sichern Schrittes aufmarschierte und nach dem Takt der Musik die nicht ganz leichten Bilder des Reigens und die Stabübungen wirklich glänzend durchführten. Dem Leiter der Vorführung, Herrn Meier, unterstützt durch Herrn Heidinger, dürfte wohl manche arbeitsreiche Stunde beschieden gewesen sein, aber die strahlenden Gesichter der Kleinen und ihr mustergiltiges Auftreten wird ihre große Mühe und Arbeit einigermaßen belohnt haben. Durch verschiedene Kinderspiele, wie Garnwickeln, Tauziehen, Sackhopfen, Wurstschnappen, Topfschlagen usw. wurde den Kindern wie aber auch den Alten der Nachmittag zu einem höchst unterhaltenden. Die „Badenia" darf befriedigt auf die Veranstaltung zurückblicken, denn sie hat ihren Mitgliedern wieder einmal genußreiche Stunden geboten.

Unfall mit Todesfolge. Der Fuhrmann Wilh. Schützelbach aus Endingen stürzte am Samstag nachmittag in der Wiesenstraße von einem mit Heu beladenen Wagen, zog sich schwere innere Verletzungen zu, die seine Ueberführung nach dem städt. Krankenhaus nötig machte und an denen er am Montag starb.

Verhaftet wurden: Ein Taglöhner sowie dessen Sohn aus Straßburg, ein Blechner von hier, ein Diener aus Oselfingen wegen Diebstahls, ein Kaufmann aus Freiburg, sowie zwei Kaufleute von hier wegen Schleich- und Kettenhandels und ein Metzger aus Bergenweiler wegen Meineids, ein Schuhmacher aus Sulzgraben wegen Bruchs der Ausweisung, ein Zimmermann aus Hitschenhausen wegen Verdachts des Fahrraddiebstahls, ein Maurer aus Schallodenbach wegen Zechbetrugs, ein Bildhauer aus Obermorschel und ein Forstlehrling aus Fischingen, die des Schleichhandels mit Silber verdächtig sind; beschlagnahmt wurden zwei Barren Silber im Gewicht von 30—40 Pfund.

Zusammenstoß. Am Samstag nachmittag stieß der Lokalzug zwischen Hagsfeld und Büchig mit dem Fuhrwerk eines Landwirts aus Hagsfeld zusammen, wobei das Pferd getötet, der Wagen stark beschädigt und ein Schaden von etwa 10 000 Mark verursacht wurde.

Gestohlen wurde gestern abend im Hofe eines Hauses der Augartenstraße ein angeschlossenes Fahrrad.

Valuta-Bericht vom 20. Juli.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 14.65 Cts Auszahlung Holland notierte etwa 13.53½ M per holl. Gulden; Schweiz etwa 6.83 M per schw. Fr.; England etwa 150 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3.20 M per fr. Fr. Neuyork etwa 39 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. Juli 1920.

Hoher Druck lagert über ganz Mitteleuropa und verursacht hier heiteres und trockenes Wetter; nur in den Küstengebieten und weiter im Norden ist es bei lebhafter Luftbewegung bewölkt. Infolge kräftiger Wärmeausstrahlung sinken die Temperaturen nachts ziemlich tief während sie anderseits bei vollem Sonnenschein am Tage stärker ansteigen; es kommt daher zu großen Schwankungen in frei gelegenen Gegenden. Karlsruhe gestrige Höchsttemperatur 24 Grad, tiefste in der Nacht 11 Grad. Die bestehende Druckverteilung stellt Fortdauer der herrschenden Witterung in Aussicht.

Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag den 22. Juli nachts: Heiter, trocken am Tage sehr warm.

Kleine Nachrichten.

Köln, 20. Juli. Die Kölnische Kriminalpolizei verhaftete in letzter Zeit eine Reihe von Personen, die versucht hatten, die **deutschen Ein- und Ausfuhrscheine zu hohen Preisen zu verkaufen.** Einer der Verkäufer wurde in dem Augenblick festgenommen, als er einen gefälschten Einfuhrschein gegen eine Vergütung von 250 000 M verkaufen wollte, auf den Waren im Werte von 35 Millionen Mark eingeführt werden konnten.

Mailand, 20. Juli. Dem „Corriere della Sera" wird aus Siana gemeldet, daß es in San Giovanni die Asso zu einem Konflikt zwischen Arbeitern, Bauern und der Polizei kam. **Vier Demonstranten wurden getötet** und mehrere verletzt darunter sechs Carabinieri.

Brüssel, 20. Juli. Etwa 30 Personen versuchten in das Lager von Berchem einzudringen, wo sich ein Benzindepot und eine Anzahl Flugzeuge befinden. Sie griffen die Posten an. Bei dem sich entspinnenden Kampf wurden mehrere der Angreifer verwundet. Als die Posten Verstärkungen erhielten, wurden einige der Angreifer verhaftet, die übrigen verjagt.

WTB. **London**, 19. Juli. Der amtliche Militärbericht meldet über die Kämpfe, die gestern Abend in Cork stattfanden, folgendes: Unbewaffnete Soldaten wurden, als sie sich auf der Straße zeigten, mißhandelt und beschossen. Patrouillen, die in die City gesandt wurden, erhielten Feuer aus den Häusern, und von der Straße. Die Truppen erwiderten das Feuer, wobei insgesamt 148 Schüsse abgegeben wurden. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Soldat verwundet, ein Zivilist getötet und ein Zivilist verwundet.

Letzte Nachrichten.

Russisch-polnischer Krieg.

Die Einmischung Englands.

WTB. **London**, 20. Juli. Reuter erfährt: Die Antwort Tschitscherins auf die jüngste, nach Moskau telegraphierte Note bezüglich des **Waffenstillstandes mit Polen** ist heute in London eingegangen. Wie verlautet ist die **Sowjetregierung bereit**, einen Waffenstillstand mit Polen zu vereinbaren und **Frieden zu schließen.** Zu diesem Zwecke sind neue Vorschläge gemacht worden, die das englische Kabinett heute erörtern wird.

Deutschland neutral.

Im „Reichsanzeiger" wird nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht: In der zwischen der polnischen Republik und der Sowjetregierung entstandenen kriegerischen Verwicklungen hat **Deutschland**, das sich mit den beiden Staaten im Friedenszustande befindet, bisher **volle Neutralität** beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demzufolge darauf hin, daß für jedermann im Reiche und für die Deutschen im Auslande die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.

Berlin, 20. Juli 1920.

Der Reichspräsident Ebert. Reichsminister Dr. Simons.

*

Prag, 20. Juli. Die Zeitung **„Pravolidu"** veröffentlicht eine Unterredung mit den Bevollmächtigten der russischen Mission des Roten Kreuzes, **Gillerson.** Auf die Frage nach der **Dauer des Krieges** mit den Polen, sagte Gillerson, er glaube, daß die **Polen** genötigt sein würden, um **Frieden zu bitten.** Die Vermittlung der Entente sei zu spät gekommen und sei überflüssig. Wo war die Entente, als wir mit Polen Frieden schließen wollten und die Vermittelung der Entente anstrebten. Jetzt werde man wohl mit den Polen selbst sprechen müssen, aber nicht mit der jetzigen, sondern mit der **künftigen Regierung, die den Interessen der arbeitenden Klasse in Polen entspreche, die den Krieg nicht gewünscht habe.**

Der Gasarbeiterstreik in Frankfurt.

Frankfurt, 20. Juli. Der seit Freitag dauernde Streik der hiesigen Gasarbeiter nimmt seinen Fortgang. Das Gaswerk steht still, die Stadt liegt im Dunkeln. Der Aufforderung der städtischen Behörde an die Arbeiter, bis Sonntag vormittag 10 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie sich als entlassen zu betrachten hätten, wurde keine Folge geleistet. Die Stadt hat die städtische Nothilfe aufgerufen.

Ein Opfer der Franzosen.

Mainz, 20. Juli. Bereits über ein Jahr ist der Zeichenlehrer Rackow von hier in französischer Untersuchungshaft, ohne daß überhaupt Aussicht auf eine Verhandlung besteht. Er weiß überhaupt nicht, was gegen ihn vorliegt. Der Mann ist begreiflicherweise seelisch ganz heruntergekommen, auch körperlich, da die verabreichte Kost ganz unzureichend ist.

Den Werbern entkommen.

Saarbrücken, 20. Juli. In Bous trafen zwei junge Leute aus Siegburg und Karlsruhe ein, die von Werbern der Fremdenlegion verschleppt worden, aber in Metz aus dem nach Marseille gehenden Transport wieder entflohen waren.

Bandenführer Hölz vor dem tschechoslovakischen Kriegsgericht.

WTB. **Prag**, 20. Juli. Gestern fand vor dem **Kriegsgericht** in Gitschin die Verhandlung gegen den sächsischen Kommunisten **Hölz** statt. Die Anklage legt ihm zur Last, daß er am 27. April in Marienbad eine Handgranate hervorgezogen hätte, um seine Verhaftung zu vereiteln. Er ist deshalb des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und der Uebertretung des Sprengstoffgesetzes angeklagt. Er verteidigte sich damit, daß er nicht beabsichtigt habe, die Gendarmen zu bedrohen. Diese beharrten jedoch auf ihrer Aussage und Hölz wurde wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit zu **vier Monaten schweren Kerkers** mit einem harten Lager monatlich, sowie zu einer Geldstrafe von 20 Kronen wegen Uebertretung des Waffenpatents verurteilt. Die Strafe wurde jedoch nur bedingsweise ausgesprochen, so daß Hölz sie nicht antritt.

Briefkasten der Redaktion.

N. B. 13. Der Vater eines unehelichen Kindes hat für die Kosten der Entbindung aufzukommen und der Kindesmutter während sechs Wochen Unterhalt zu gewähren. Die Krankenkasse ist berechtigt, die von ihr übernommenen Kosten für Wochenbett usw. von dem Kindesvater zurückzuverlangen.

Schriftleitung: **Georg Schöpflin.** Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten **Hermann Kadel;** für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton **Hermann Winter;** für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten **Josef Eisele;** für den Anzeigenteil **Gustav Krüger**, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiterradfahrerbund Solidarität.) Die Ausfahrt nach Rüppurr findet **heute Mittwoch den 21. d. M.** statt.

Durlach. (Soz. Verein.) Morgen Donnerstag abend pünktlich 8 Uhr im Löwenbräu **Fraktionssitzung.** Pünktliches Erscheinen wird erwartet. 4584

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 240, gef. 1; Kehl 334, gef. 3; Maxau 507, gef. 4; Mannheim 424, gef. 6 Zentimeter.

Unsere Filialinhaber,

welche den „Volksfreund" durch die Post überwiesen erhalten, wollen die für August benötigte Bezieherzahl spätestens bis zum Montag, den 26. ds. Mts., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. August nicht rechtzeitig erfolgen.

Verlag des „Volksfreund".

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Freie Turnerschaft
Karlsruhe e. V.

Sonntag, den 1. August 4583

Einweihung des Turn- und Spielplatzes

beim Schützenhaus, Linkenheimer Allee.

Morgens 6 Uhr: Beginn der Einzelwettkämpfe.
Mittags 1/2 2 Uhr: Festzug vom Ludwigsplatz zum Turnplatz. Dortselbst: Massenfreiübungen, Mannschaftskämpfe, sowie Aufführungen der Schüler und Schülerinnen. Konzert.

Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 1/2 4 Uhr:

Fussball-Städte-Wettspiel
Mannheim – Karlsruhe.

Den Jagdaufseherdienst in Knielingen betr.

Forstwart Friedrich Bechtold in Knielingen wurde am 29. Mai ds. Js. Jagdaufseher der Gemeindejagd, Bogen 2, in Knielingen, vorschriftsmäßig verpflichtet. 2082

Karlsruhe, den 17. Juli 1920.
Bezirksamt. O.Z. 26

Gewährung von Zusatzlebensmitteln an Kranke, Wöchnerinnen werdende und stillende Mütter.

Unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse und im Einverständnis mit der Aerztekommission werden mit Wirkung vom Montag den 26. Juli an Kranke, Schwangere, Wöchnerinnen und stillende Mütter Zusätze nur noch in folgenden Lebensmitteln gewährt:

1. Milch an schwangere Frauen und an Kranke.
2. Zucker an Schwangere, Wöchnerinnen, stillende Mütter und an Kranke.
3. Weizengries an Kranke, aber nur in Fällen, in denen andere mehlhaltige Nahrungsmittel nicht ertragen werden können.
4. Butter an Kranke, aber nur in Fällen, in denen anderes Fett nicht vertragen wird.
5. Eier an Kranke, Schwangere, Wöchnerinnen und stillende Mütter, soweit dieselben mindestbemittelt sind.

Der Nachweis hierfür ist durch eine Bescheinigung des Fürsorgeamtes (Ausstellungshalle) zu erbringen. Bei Kranken ist diese Bescheinigung mit dem ärztlichen Zeugnis einzusenden. Schwangere, Wöchnerinnen und stillende Mütter haben diese Bescheinigung bei der Kartenstelle Abteilung „Mutter und Kind" vorzulegen.

Sämtliche Zusätze an Kranke werden nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, das durch die Aerztekommission nachgeprüft wird, verabfolgt. 2070

Karlsruhe, den 20. Juli 1920.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Die Ausgabe neuer Lebensmittelmarken betr.

Die Ausgabe der neuen, ab 26. Juli gültigen Lebensmittelmarken erfolgt im Laufe dieser Woche durch die Bäckereien. Da dieselben von den bisher üblichen Marken wesentlich abweichen, machen wir auf folgendes aufmerksam:

1. Jede Person erhält ein Heft mit Brotkarten Nr. 1—12 und ein solches für Warenmarken Nr. 1—144. Jede Nummer der Brotkarten enthält 4 Abschnitte à 750 Gr., 6 kleine Abschnitte und eine Mehlkarte. Die Brot- oder Mehlmenge, die auf die 6 kleinen Abschnitte oder auf die Mehlmarke zur Ausgabe gelangt, wird wöchentlich mit der Lebensmittelverteilung bekannt gegeben. Die Gültigkeitsdauer ist auf jedem Abschnitt der Brotkarte aufgedruckt.
   Die Warenmarken haben immer nur für die Zeit und Ware, für die sie aufgerufen werden, Gültigkeit. Besondere Marken für Zucker und Fett werden nicht mehr ausgegeben.
2. Jeder Haushalt erhält ferner wie bisher eine Haushaltmarke.
3. Auf dem Deckblatt der Warenmarkenhefte ist ein Bestellabschnitt und Ausweis für Fett angebracht. Dieser Bestellabschnitt ist in der Fettverkaufsstelle abzugeben, in der die turnusweise zur Ausgabe kommende Buttermenge bezogen werden soll.
   Für alle übrigen Waren ist ab 26. Juli das bisherige Bestellverfahren, sowie überhaupt jeder Kundenzwang aufgehoben.
4. Da die Gültigkeitsdauer der neuen Lebensmittelmarken für längere Zeit (etwa 5 Monate) berechnet ist, **verlorene, gestohlene oder sonst abhanden gekommene Marken nicht ersetzt werden**, ist im eigenen Interesse eine sorgfältige Aufbewahrung der neuen Lebensmittelmarken geboten. 2068

Karlsruhe, den 20. Juli 1920.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse **Mittwoch, den 21. Juli 1920 bis Freitag, den 23. Juli 1920,** in den Fettverkaufsstellen **Nr. 30** bis einschließlich **32** an die dort eingetragene Kundschaft. Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis Mk. 3.50 für das Pfund.

Karlsruhe, den 20. Juli 1920. 2069
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.
Städt. Milchamt

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 34 — Fernsprecher 1846.
Waschblusen, Waschkleider
Jackenkleider, Röcke
Regenmäntel, Paletots
mit **30%** Rabatt
4580

Friedrichshof-Garten.
Heute abend 8 Uhr
Konzert
der Feuerwehr-Kapelle
neue Leitung: Obermusikmeister Schotte.
4582

Colosseum Mittwoch, den 21. Juli
Freier amerik. Ringkampf
alle Griffe erlaubt.
Kautzky gegen **Grunewald**
(Herausforderer).
Entscheidungs-Ringkampf: 4578
v. d. Heyd gegen **Gemmel**
Christensen gegen **Küpper.**

Von der Reise zurück
Zahnärztin
HANNA SCHIFF
Ettlingerstr. 15.
4584

Vereins-Lokale.

Zwei Vereinszimmer, 1 großes ca. 80 bis 100 Personen fassend und 1 kleines für ca. 30 Personen, neu renoviert, in der Südstadtgelegen, sind zu vergeben. Gefl. Anfragen unter Nr. 4532 an das Volksfreundbüro erbeten.

Geschäfts-Empfehlung Schäftemacher empfiehlt sich im Anfertigen von Schäften aller Art, auch wenn Leder gestellt wird, bei schnellster und billigster Bedienung. 4579
Markgrafenstraße Nr. 27 **Joseph Bahlinger.**

Empfehlung.

Von **Donnerstag** bis **Samstag** dieser Woche kann man

frisches Ia. Rindfleisch

zu 10 Mark das Pfund haben bei 4577

Sinn, Metzgermeister
Weingarten (b. Durlach) Bahnhofstr. 3 Telephon 18.

Herren-Stoffe
mit 30 bis 40 Prozent Rabatt.
Preislage von Mk. 30.— **netto** per Meter an.
L. Brotz
Marienstrasse Nr. 18, parterre.
Kein Laden. 4491

Raucherdank! Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst. 1867a **Institut Englbrecht** München B., 99, Kapuzinerstr. 9.

Gummireifen beste Qualität für **Kinderwagen.** Reifen werden aufgekittet nach bestem Verfahren. Reparaturwerkstätte f. Kinderwagen, **Kreuzstraße 7.** Hof. 4372

Welt-Kino
Telephon 5448 Kaiserstrasse 133
Heute und folgende Tage!
Der Schrecken der Detektive.
Die Vampire.
Der ewige Kampf der Gesellschaft gegen das internationale Hochstaplertum. 4581
Ein Kolossalfilmwerk in 6 Abteilungen (31 Akte, 10 Episoden).
I. Teil.
Der Kopf des Opfers.
Der Todesring.
Die rote Geheimschrift.
Sechs Riesenakte.

Gut möbl. Zimmer von solid. Dauermieter für sofort od. 1. Aug. ges. Südstadt bevorz. Angeb. unt. Nr. 4586 an das Volksfreundbüro erbeten.

Kragen-Wäscherei Schorpp
liefert schnellstens
Stärke-Wäsche
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5.
Kaiserstr. 34 u. 218
Gerwigstrasse 46
Amalienstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 32
Augustastrasse 13
Schillerstrasse 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstrasse 18.
Durlach: 4017
Hauptstrasse 15.

Raucherdank! Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst. 1868a **Versandhaus Urania** München B., 39, Waltherstr. 38.

Rastatt. Rastatt.
1325 **Verkauf von**
Alt- u. Neu-Möbel
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

Durlacher Anzeigen.

Lebensmittel-Verteilung

Ab Freitag, den 23. ds. Mts., kommen in den hiesigen Spezereigeschäften folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

Bruchreis pro Kopf 125 Gr.
Preis pro Pfund 4.50 M.
Haferflocken pro Kopf 125 Gr.
Preis pro Pfd. 3.— M
Ausländischer Maisgries pro Kopf 250 Gr.
Preis pro Pfund 1.50 M

Durlach den 21. Juli 1920. 2079
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Fettversorgung.

Die Ausgabe der Margarine erfolgt nunmehr in den Spezereigeschäften die die Verteilung der übrigen Lebensmittel vornehmen.

Ausgegeben werden 125 Gr. pro Kopf zum Preise von 2.50 M.

Die Ausgabe erfolgt von Mittwoch, den 21. ds. Mts., ab. 2078

Durlach, den 21. Juli 1920.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Brennholz-Ausgabe.

an die Inhaber von roten Brennholzheften bis einschl. Marke 25 im städt. Gaswerk.

Der Preis ist ermäßigt auf:
10.— M für 1 Ztr. kurzgesägtes Schichtholz und 9.— M für 1 Ztr. 1 m langes Schichtholz.

Zufuhr vors Haus 0.80 M, frei Keller 1.30 M je Ztr. mehr. 2077

Vorstehende Preise gelten nur bis auf weiteres. Angesichts der schwierigen Kohlenlage wird **sofortige Abnahme** der aufgerufenen Mengen empfohlen, da eine **nachträgliche Lieferung** im Winter **nicht** erfolgen kann.

Durlach, den 21. Juli 1920.
Ortskohlenstelle der Stadt Durlach.

Brennholz-Versorgung ab Wald.

Es steht noch ein Posten Wellen zur Verfügung. Anmeldungen darauf werden bis zum 31. ds. Mts. im städt. Gaswerk entgegengenommen. Die Zuteilung erfolgt nach Maßgabe der noch vorhandenen Mengen.

Durlach, den 21. Juli 1920.
Ortskohlenstelle der Stadt Durlach.

Zahle!
höchste Preise für Kleider, Uniformen, Schuhe, Wäsche und Gardinen.
S. Axelrad, Tel. 3980
Essenweinstr. 32. 4294

Gießkannen
und Oelkannen werden billig abgegeben. 4585
S. Just, Winterstr. 21.

Städt. Badanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe
Medizin. Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenauer oder Stassfurter).
Mutterlauge und Schwefel- (Thiopinol-)**Bäder.**
Badezeit f. Herren u. Damen: Vorm. von 9—1 Uhr und nachm. v. 2 1/2-7 1/2 Uhr. Samstags bis 8 1/2 Uhr. 1852
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Steuerfrei
bleiben meine getrockneten **Heidelbeeren** mit Zutaten. Zur Zusammengärung mit Johannisbeeren, Stachel- und Heidelbeeren sehr zu empfehlen. Von Tausenden verwendet. Glänzende Anerkennungen. **Ruf's Heidelbeeren** mit Zutaten mit Süßstoff
Pakete zu 50 Lit. M. 24.50
„ „ 100 „ „ 48.50
ohne Süßstoff die 100 Lit.-Pak. 6 M. weniger.
Ferner **Ruf's Kunstmostansatz** m. Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff in Flaschen zu 50 Liter zu M. 12.— und zu 100 Lit. M. 22.— per Flasche.
Robert Ruf
Heidelbeer-Versand
Ettlingen.
Niederlagen: Drogerie **E. Deuble Nachfolger,** Karlsruhe, Augartenstr. 24. **E. Ruf,** Karlsruhe, Yorkstr. 90. **Aug. Arheidt,** Grötzingen, **W. Ruf,** Söllingen. Fr. Wwe. **Strübel,** Aue bei Durlach. **J. Stiefel,** Durlach. **Aug. Peter Nachfolger,** Durlach.
Man achte auf den Hersteller Robert Ruf, Heidelbeer-Versand, Ettlingen und weise Pakete ohne Plombenverschluß, die meine Firma tragen, zurück. 4389

Schuhputz Erdal
schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug, sowie der Vollmilchkarten

Die Ausgabe der Scheine zum Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 26. Juli bis 25. August ds. Js., sowie der Vollmilchkarten für den Monat August ds. Js. erfolgt am 23. und 24. ds. Mts. in folgender Weise:

Am Freitag, den 23. d. Mts.,
vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben
A bis mit F,
nachmittags von 3 bis 7 Uhr an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben
G, H und K.

Am Samstag, den 24. ds. Mts.,
vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben
J, L bis mit R und Z,
nachmittags von 3 bis 7 Uhr an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben
S, Sch bis mit W.

Jede Familie hat zwecks Empfangnahme neuer Scheine den Lebensmittelausweis mitzubringen. 2081

Im Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien zu der für den betreffenden Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen.

Wer die ihm zustehenden Scheine am Ausgabetag nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Brotmarken abgezogen.

Für verloren gegangene oder zu früh verbrauchte Scheine wird kein Ersatz oder Zusatz gewährt.

Durlach, den 21. Juli 1920.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Sonderzuweisung von Zwieback oder Keks.

Es erhalten Kranke, Kinder bis zum 6. Lebensjahr und alte Leute vom vollendeten 70. Lebensjahr

je 2 Pakete Keks oder Zwieback.

Eine Anrechnung dieser Nährmittel auf die Brotkarten findet nicht statt.

Der Verkauf findet durch die folgenden Geschäfte statt:

Waisenrat Kratt Witwe, Hauptstraße,
Bäckermeister Brandner, Friedrichstraße,
Bäckermeister Kautzmann, Kirchstraße,
Bäckermeister Klingel, Auerstraße,
Mehlhandlung Bauer, Hauptstraße.

Preis für 1 Paket Keks 60 ₰ und für 1 Paket Zwieback 65, 85 ₰ und 1.55 M.

Zur Empfangnahme der oben genannten Nährmittel ist ein Bezugschein erforderlich, der bei unserer Geschäftsstelle (Schloßkaserne) wie folgt ausgegeben wird:

Am Freitag, den 23. ds. Mts.,
vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben
A bis mit F.
Nachmittags von 3 bis 7 Uhr an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben
G, H und K.

Am Samstag, den 24. ds. Mts.,
vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben
J, L bis mit R und Z,
nachmittags von 3 bis 7 Uhr an die Familien mit dem Anfangsbuchstaben
S, Sch bis mit W.

Für Kranke wird ein Bezugschein nur ausgestellt, wenn ein gültiger Milchzulageschein oder ein sonstiger Nachweis über Empfang von Krankennahrung vorgezeigt wird. 2080

Durlach, den 21. Juli 1920.
Kommunalverband Durlach-Stadt.